

# Gegen Terror(ismus) und Krieg

Für gemeinsame Sicherheit  
und eine gerechte Welt

Beiträge zum  
Zehnten Dresdner Friedenssymposium  
am 16. Februar 2002

DSS-Arbeitspapiere



Herausgeber: **Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.**  
*(DSS)*

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Rolf Lehmann Schneebergstr. 2 D-01277  
Dresden

Zum Zehnten Dresdner Friedenssymposium hatten eingeladen:

- Sächsische Friedensinitiative Dresden, gemeinsam mit
- Arbeitsgemeinschaft Offene Kirche Sachsen,
- DGB Kreis Dresden,
- Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.,
- Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen e.V.,
- Initiative „Blauer Stern“,
- IPPNW, Ärzte in sozialer Verantwortung,
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Arbeitskreis Dresden

Redaktion und Druckvorbereitung: Prof. Dr. Siegfried Schönherr

**Vertrieb:** Dr. Lothar Glaß Feuerbachstraße 1 01219 Dresden Telefon:  
0351/4707918

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren!

Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluß: 01. März 2002  
trag: 2,00 Euro

Kostenbei-

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ 1436-6010	ISSN
--	------

## Inhaltsverzeichnis

ERNST WOIT	Gegen Terrorismus und Krieg - für gemeinsame Sicherheit in einer gerechteren Welt	4
HORST SCHNEIDER	Gedanken zum <i>Appell aus Dresden</i>	31
LORENZ KNORR	Zur Multifunktionalität des derzeitigen US-Krieges	35
JAN SUMAVSKI	Ist Terrorismus die einzige Gefahr?	45
ROLF LEHMANN	Für ein System gemeinsamer Sicherheit	49
HERMANN GERATHEWOHL	Werkzeuge für Gottes Frieden	55
APPELL AUS DRESDEN	Das Vermächtnis der Terroropfer vom 13. Februar 1945	57

**Ernst Voit**

## **Gegen Terrorismus und Krieg - für gemeinsame Sicherheit in einer gerechteren Welt<sup>1</sup>**

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington sei nichts mehr so wie vorher, wird immer wieder behauptet. Obwohl ich diese Einschätzung in ihrer Absolutheit für falsch halte, hat sie doch einen rationellen Kern. Vieles erscheint in einem anderen Licht und es gibt signifikante Änderungen in der weltpolitischen Szenerie. Es handelt sich also offensichtlich um einen welthistorischen Einschnitt. Ich meine damit ein Ereignis, durch das den handelnden gesellschaftlichen Kräften schlagartig bewußt wird, was sich bereits seit längerem, z.B. im internationalen Kräfteverhältnis, verändert hat, und mit welchem sich qualitativ neue Möglichkeiten und Chancen, aber auch neue Hindernisse und Risiken im Kampf um die Durchsetzung ihrer Interessen ergeben.

Bei aller zu beachtenden Differenz zwischen Erscheinung und Wesen sozialer Prozesse betrifft das Problemfelder, deren Analyse gegenwärtig für die Friedensbewegung unerlässlich geworden ist, um sich Klarheit darüber zu verschaffen, in welcher Epoche sie wirkt und welche Chancen nun angesichts des realen Kräfteverhältnisses und der Tendenzen seiner Entwicklung für die Verwirklichung einer friedlichen Welt - ohne Terror und Krieg - bestehen.

Dazu müssen wir uns zunächst einmal klar machen, welche neuen Fragen wir nun im Interesse unseres Friedenskampfes zu beantworten haben. Zugleich müssen wir uns sehr gründlich mit den Begriffen auseinandersetzen, die von den mächtigen Massenmedien heute verwendet werden, um das Denken und Handeln der Menschen hinsichtlich Krieg und Frieden im Interesse der herrschenden Politik zu manipulieren.

### **Fragen zu den Anschlägen vom 11. September 2001**

Genau genommen gibt es bis heute mehr Fragen zu den Anschlägen vom 11. September 2001 auf das World Trade Center und das Pentagon als wirklich überzeugende Antworten. Es ist also notwendig, diese Fragen immer wieder aufzuwerfen und sie an Hand der konkreten Tatsachen - und nicht von

---

<sup>1</sup> Für das *Zehnte Dresdner Friedenssymposium* wesentlich erweiterte und grundsätzlich überarbeitete Fassung eines Vortrages des Autors, den er am 24.11.2001 auf dem *6. Dresdner Symposium Für eine globale Friedensordnung* hielt. Siehe DSS-Arbeitspapiere, Heft 60, Dresden 2002, S. 29 ff.

Vermutungen - zu beantworten. Ich will das am Beispiel einiger dieser Fragen versuchen:

- **Worum handelt es sich bei den Anschlägen auf WTC und Pentagon?** Sicher um bisher in Größenordnung und Wirkung beispiellose Terroranschläge, um Mord, um Massenmord - und damit um ein Verbrechen, das durch absolut nichts zu rechtfertigen ist und deshalb uneingeschränkt und prinzipiell verurteilt werden muß. Aber es war kein Krieg.
- **Wer hat die Anschläge vom 11. September 2001 verübt?** Täter, die tot sind, denn sie handelten als Selbstmordattentäter.
- **Wo sind die Flugzeuge gestartet?** In den USA. E.-O. Czempiel betont deshalb: „Dies war kein Angriff von außen, sondern von innen - das muß erst einmal in das politische Bewußtsein eindringen.“<sup>2</sup>
- **Wer hat die Anschläge wo mit welcher Zielsetzung geplant und organisiert?** Nach Erklärung der USA-Regierung war es Bin Laden und sein Netzwerk El Kaida. Doch eindeutige Beweise wurden dafür bisher nicht vorgelegt. Deshalb schreibt E.-O. Czempiel: „Wer die Gewalttat ausgeführt hat, wissen wir, wer sie angeordnet und organisiert hat, wissen wir nicht. Daß es Bin Laden war, ist vorläufig nur eine Vermutung. Selbst wenn sie zutrifft, hat er bestimmt nicht alleine mit einem Satellitentelefon in irgendeiner Höhle im Hindukusch gehandelt ...“<sup>3</sup> Sicher ist schließlich noch, daß die Grundidee dieses Terroranschlages - Flugzeuge als Superbomben gegen Wolkenkratzer - lange vor dem September 2001 zuerst in Hollywoodfilmen verwirklicht worden ist.

### **Krieg der USA gegen Afghanistan - ein *Anti-Terror-Krieg*?**

Auch zur Darstellung und Begründung ihres Krieges gegen Afghanistan als *Anti-Terror-Krieg* haben die USA bisher mehr unzureichend oder schlicht falsch beantwortete Fragen als überzeugende Beweise vorgelegt. Hat Afghanistan etwa die USA angegriffen? Natürlich nicht! Aber es hat gewagt, Bin Laden ohne Vorlage entsprechender Beweise seiner Täterschaft bei den Anschlägen vom 11. September 2001 nicht an die USA auszuliefern. Das war sicher für die USA nicht erfreulich. Aber diese Nichtauslieferung eines nur beschuldigten Individuums als einen *Angriff auf die USA* darzustellen, gegen den die USA deshalb einen *Verteidigungskrieg* führen müßten, ist geradezu grotesk. Aber genau das war die entscheidende Argumentation der Bush-Regierung für den am 07.10.2001 begonnenen Krieg gegen Afghanistan.

---

<sup>2</sup> E.-O. Czempiel, *Schlägt die Globalisierung zurück?*, in: H. Hoffmann, W. F. Schoeller (Hrsg.), *Wendepunkt 11. September 2001*, Köln 2001, S. 236.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 238.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage interessant: Waren die USA schon immer gegen Bin Laden und das Taliban-Regimes in Afghanistan? Keineswegs! Man kann sogar ohne Übertreibung sagen, Bin Laden und die Taliban wären ohne die USA und deren Schützlinge Pakistan und Saudi-Arabien nie zu dem geworden, was sie dann waren.<sup>4</sup> Das änderte sich erst, als die Taliban sich unfähig zeigten, Sicherheit für das von den USA seit längerem verfolgte Projekt einer Öl- und Gaspipeline vom turkmenischen Daulat durch Afghanistan nach Moltan in Pakistan zu garantieren.<sup>5</sup> An diesem Interesse hat sich bis heute kaum etwas geändert.

Der am 07.10.2001 von den USA gegen Afghanistan begonnene Krieg ist mit Sicherheit kein Verteidigungskrieg, sondern ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg, der vom UN-Sicherheitsrat zwar nicht gebilligt, aber in Verletzung der UN-Charta geduldet wird. Angesichts der - besonders seit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien - verstärkten Bestrebungen zur Beseitigung der völkerrechtlichen Barrieren gegen das Faustrecht in den internationalen Beziehungen müssen wir uns in der Friedensbewegung mit diesem Tatbestand, der natürlich Ausdruck des veränderten internationalen Kräfteverhältnisses ist, noch intensiver als bisher auseinandersetzen.

Politisch handelt es sich beim Krieg der USA gegen Afghanistan um das Eingreifen in einen schon lange währenden Bürgerkrieg auf seiten einer Bürgerkriegspartei, der Nord-Allianz, analog dem Eingreifen in den jugoslawischen Bürgerkrieg auf seiten der UCK. Diesmal wird er nicht als *humanitäre Intervention* firmiert, sondern als *Anti-Terror-Krieg*. Seit G. W. Bushs Rede am 20.09.2001 vor dem US-Kongreß ist ein Krieg erklärt worden, der so lange geführt werden soll, „bis jede weltweit tätige terroristische Gruppe gefunden, am weiteren Vorgehen gehindert und besiegt worden ist.“<sup>6</sup>

Obwohl die USA bis heute diesen Krieg faktisch alleine führen, haben sie ihn als Führungsmacht eines *weltweiten Bündnisses gegen den Terrorismus* inszeniert und erreicht, daß am 02.10.2001 erstmalig in der über 50-jährigen Geschichte der NATO der *Bündnisfall* ausgerufen wurde. Militärisch führen die USA diesen Krieg vor allem als Luftkrieg aus großer Höhe bzw. Entfernung sowie

---

<sup>4</sup> Siehe J.-Ch. Brisarrd, G.Dasquié, Die verbotene Wahrheit. Die Verstrickungen der USA mit Osama bin Laden. Zürich, München 2002; M. Baraki, Die Talibanisierung Afghanistans, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/2001; G. Steinberg, Usama bin Laden und Saudi-Arabien. Hintergründe der Terroranschläge des 11. September, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslands-Informationen, Sankt Augustin 17 (2001) 11.

<sup>5</sup> Siehe M. Baraki, a.a.O., S. 1350.

<sup>6</sup> Zitiert nach W. Adolphi, Zäsur 11. September, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 133, 11/2001, S. 980.

vorwiegend mit Flächenbombardements und im Zusammenwirken mit den Landstreitkräften der afghanischen Nord-Allianz, analog der UCK im Kosovo.

Aus alledem ergibt sich als Frage, die für die Friedensbewegung von strategischer Bedeutung sein dürfte: Ist dieser *Krieg gegen den Terror* bzw. *War against Terror* ein qualitativ neuartiger Krieg, der ohne wesentlichen inneren Zusammenhang mit Golfkrieg II und dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien geführt wird, oder ist er die Fortsetzung dieser Kriege - und damit nicht mehr und nicht weniger als einer der Kriege für eine *Neue Weltordnung*?

Auch wenn die Regierungen der USA und der anderen NATO-Staaten seit dem 11. September 2001 geradezu peinlich darauf bedacht sind, nur noch vom *Krieg gegen den Terror* zu sprechen, ordnet sich der Krieg gegen Afghanistan mühelos in das seit dem Untergang des Warschauer Vertrages von den USA verfolgte Streben nach Weltherrschaft ein, die nach den geostrategischen Auffassungen Z. Brzezinskis derjenige ausübt, der den eurasischen Kontinent beherrscht. Ganz in diesem Sinne hatte Z. Brzezinskis bereits 1997 die USA als eine historisch beispiellose Weltmacht definiert. Ausgehend vom alten Rom, von China, dem Mongolenreich und den Kolonialreichen der Spanier, Niederländer, Briten und Franzosen schätzte er ein: „Aber keines dieser Reiche beherrschte die Welt. Nicht einmal Großbritannien war eine wirkliche Weltmacht. ... Im Gegensatz dazu ist der Geltungsbereich der heutigen Weltmacht Amerika einzigartig. Nicht nur beherrschen die Vereinigten Staaten sämtliche Ozeane und Meere, sie verfügen mittlerweile auch über die militärischen Mittel, die Küsten mit Amphibienfahrzeugen unter Kontrolle zu halten, mit denen sie bis ins Innere eines Landes vorstoßen und ihrer Macht politische Geltung verschaffen können. Amerikanische Armeeverbände stehen in den westlichen und östlichen Randgebieten des eurasischen Kontinents und kontrollieren außerdem den Persischen Golf.“ Nach Z. Brzezinskis Einschätzung „ist der gesamte Kontinent von amerikanischen Vasallen und tributpflichtigen Staaten übersät, von denen einige allzu gern noch fester an Washington gebunden wären.“<sup>7</sup>

Die im Denken und Fühlen der US-Amerikaner tief verinnerlichte Illusion der waffentechnischen Unverwundbarkeit der USA ist durch die Anschläge vom 11. September 2001 nachhaltig zerstört worden. Das, was da passiert ist, ist wohl nur mit jenem *Sputnik-Schock* vergleichbar, der die US-amerikanische Gesellschaft erfaßte, als sie in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts zur Kenntnis nehmen mußte, daß die Sowjetunion nicht nur das ursprüngliche

---

<sup>7</sup> Z. Brzezinski, *Die einzige Weltmacht*, Weinheim, Berlin 1997, S. 41.

Kernwaffenmonopol der USA gebrochen hatte, sondern auch über Interkontinentalraketen verfügte, die das gesamte Territorium der USA erreichen konnten.

Zugleich nutzte die US-Regierung den extrem verbrecherischen, massenmörderischen Charakter der Anschläge vom 11. September 2001 außerordentlich zielstrebig dazu, unter der Flagge des *Kampfes gegen den Terrorismus* ein weltumspannendes Staatenbündnis zu installieren, das noch umfassender ist als jene Koalition, mit der die USA nach dem Untergang der Sowjetunion im Golfkrieg II den Kampf um eine ihren imperialen Interessen entsprechende *Neue Weltordnung* unmittelbar eingeleitet hatten.

Charakteristische Merkmale und Ziele dieses Bündnisses sind:

- Bedingungslose Anerkennung der politischen, ideologischen und militärischen Führung durch die USA. Bereitschaft, als *tributpflichtige Vasallen* der USA zu handeln.
- Anerkennung der Definitionsmacht der USA über das, was *Terrorismus* ist und was nicht, was *Gegenterror* ist und was nicht, welche Staaten *Schurkenstaaten* sind und welche nicht.
- Anerkennung der Rechtmäßigkeit von weltweiten Interventionskriegen der USA, nunmehr unter der Selbstmandatierungsformel vom *Anti-Terror-Krieg*.
- Komplizenschaft bei der weiteren Schwächung der UNO und des auf ihrer Charta beruhenden Völkerrechts - bis hin zur Verwandlung der UNO in eine Institution, die in Abhängigkeit von ihrer Willfährigkeit gegenüber den USA entweder anerkannt, eingeschaltet und finanziert oder ignoriert, nicht finanziert, brüskiert und damit weiter geschwächt wird.<sup>8</sup> Faktisch wird die UNO so - nach dem Urteil des Völkerrechtlers N. Paech - zum *Subunternehmer der USA*.<sup>9</sup>

## Was ist Terrorismus?

Es gibt schon lange Bemühungen, um zu einem internationalen Abkommen über die Bekämpfung von Terrorismus zu kommen. So wurde bereits am 16.11.1937 in Genf ein internationales *Abkommen über die Verhütung und Unterbindung des Terrorismus* abgeschlossen, dem sich noch im selben Jahr 24 Staaten anschlossen. Es scheiterte an der ablehnenden Haltung vor allem Nazi-

---

<sup>8</sup> In diesem Sinne charakterisiert Ch. Schmidt-Häuer z.B. die Funktion, die der UNO durch die Petersberger Konferenz über Afghanistan nach dem militärischen Sieg der USA zugedacht worden ist, als die eines „Konsortiumsführer(s) für die Trümmerarbeit, die Amerika hinterläßt“. Ch. Schmidt-Häuer, Hass auf Bestellung, in: Die Zeit, Heft 49 vom 29.11.2001, S. 11.

<sup>9</sup> Siehe N. Paech, Die UNO als Subunternehmer, in: Ossietzky, Berlin, Heft 01/2002, S. 5.

Deutschlands und Großbritanniens.<sup>10</sup> Es gibt bis heute keine völkerrechtlich verbindliche Definition, was unter *Terror* und *Terrorismus* zu verstehen ist. Wenn nun aber die *einzigste Weltmacht* begonnen hat, einen weltweiten Krieg mit der Begründung zu führen, den Terrorismus zu beseitigen, dann kommt der Definition dessen, was Terrorismus ist, eine kaum zu überschätzende Bedeutung zu. Auch wir, die wir gegen neue Kriege und für eine friedliche Welt kämpfen, müssen uns sehr gründlich mit dieser Problematik befassen und sicher auch manche früheren Vorstellungen in Frage stellen.

Methodologisch hat sich inzwischen weitgehend durchgesetzt, im Begriff *Terrorismus* nicht jeden *Terror* zu erfassen. Typisch dafür ist die Definition im Heft *Terrorismus* der von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Reihe *fluter*: „Terror und Terrorismus sind überall - die Medien sind voll davon. Da werden die Begriffe schnell unscharf. Die Alltagssprache ist mit dem Terror schnell bei der Hand. Eine Rockerbande terrorisiert ein Viertel oder ein Mann seine Familie. ... Terror im eigentlichen Sinne meint jedoch systematische Gewalttätigkeit. Menschen werden bedroht, verletzt oder getötet - Sachwerte vernichtet. Gewalttätige Übergriffe und Anschläge von Rechtsextremisten auf Ausländer sind Terror. Sie sind aber kein Terrorismus. Davon ist erst die Rede, wenn die Gewalt nicht nur vereinzelt und situationsbezogen von Einzeltätern und kleinen, spontan gebildeten Gruppen ausgeht, sondern politisch geplant und gelenkt ist.“<sup>11</sup>

Nach G. M. Bravo wurde der Terrorismus „seit den ältesten Zeiten als Herrschaftsinstrument benutzt.“<sup>12</sup> Die Pariser Rechtsprofessorin M. Chemillier-Gendreau betonte nach dem 11. September 2001: „Der Terrorismus hat sich nach und nach zu einer mörderischen Form des Widerstands gegen die weltpolitische Hegemonie entwickelt, doch kennt das Völkerrecht weder eine Definition von ‚terroristischer Aktion‘ noch entsprechende Sanktionen. Die Gründe dafür sind bekannt. Die Übermacht des Westens stützt sich ihrerseits auf Gewalt, und der Staatsterrorismus (nicht nur von Israel in Form von außergerichtlichen Morden praktiziert) ist eine Realität, die sich in einer völkerrechtlichen Definition des Terrorismus schwerlich ausklammern ließe.“<sup>13</sup>

---

<sup>10</sup>Siehe A. Charisius, J. Mader, Nicht länger geheim, Berlin 1969, S. 316.

<sup>11</sup>Fluter, Bonn, Ausgabe 01, 12/2001, S. 10.

<sup>12</sup>G. M. Bravo, Terrorismus, in: H. J. Sandkühler (Hrsg.), Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Bd. 4, Hamburg 1990, S. 569.

<sup>13</sup>M. Chemillier-Gendreau, Kein Kriegsverbrechen ohne Krieg, in: Le Monde diplomatique (deutsche Ausgabe), 12/2001, S. 7.

Angesichts der von den USA beanspruchten und praktizierten Definitionsmacht über das, was Terrorismus ist und was nicht, kommt ihrer Position besondere Bedeutung zu. Berater der US-Regierung und anderer Regierungen zu dieser Problematik ist der Vizepräsident für außenpolitische Fragen und Direktor des Washingtoner Büros der RAND-Corporation B. Hoffman.

Das von ihm erstmals 1998 veröffentlichte Standardwerk *Terrorismus - der unerklärte Krieg* erschien in Neuauflage noch im Jahre 2001 erweitert um ein Kapitel *Die Anschläge vom 11. September 2001 im Kontext*.<sup>14</sup> Hoffmans Definitionsansatz ist von prinzipieller Bedeutung und hat weitreichende Konsequenzen. Er lautet: „Herrschaft durch Gewalt und Einschüchterung der eigenen Bürger durch jene, die *bereits an der Macht sind*, werden im allgemeinen als ‚Terror‘ bezeichnet, um eben dieses Phänomen vom ‚Terrorismus‘ zu unterscheiden, worunter man Gewalttätigkeiten von seiten nicht-staatlicher Gebilde versteht.“<sup>15</sup>

Es ist das Hauptziel dieser Definition, den *Staatsterrorismus* aus dem Terrorismus-Begriff auszuklammern. Deshalb kommt Hoffman immer wieder darauf zurück, „deutlich zwischen staatlich praktizierter Gewalt und jener zu differenzieren, die von nicht-staatlichen Rechtspersonen - wie eben Terroristen - ausgeht.“<sup>16</sup> Was Hoffman damit letztlich vor allem bezweckt, wird deutlich, wenn er es entschieden zurückweist, „die Überfälle der deutschen Luftwaffe auf Warschau und Coventry oder die alliierten Feuer Teppiche über Dresden und Tokio und die Atombomben, die von den Vereinigten Staaten während des Zweiten Weltkriegs über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden,“ als terroristisch zu bezeichnen. Denn damit würde man - so seine Begründung - den „fundamentalen qualitativen Unterschied“ ignorieren, der zwischen jeder Gewaltanwendung staatlicher und nichtstaatlicher Kräfte gegen die Zivilbevölkerung besteht, „selbst wenn staatliche Streitkräfte für wesentlich mehr Todesfälle und Zerstörungen verantwortlich waren, als Terroristen jemals herbeizuführen vermögen.“<sup>17</sup>

Für einen anderen Definitionsansatz plädiert E.-O. Czempiel. Er möchte den Terrorismusbegriff ausschließlich für „Gewaltakte“ reservieren, „die politisch gesichtslos sind, die lediglich einem blinden Drang zur Zerstörung und Ver-

---

<sup>14</sup> Dieses Kapitel findet sich auch - allerdings ohne Anmerkungen - in: H. Hoffmann, W. F. Schoeller (Hrsg.), *Wendepunkt 11. September 2001*, Köln 2001, S. 42 ff.

<sup>15</sup> B. Hoffman, *Terrorismus - der unerklärte Krieg*. Aktualisierte Ausgabe, Frankfurt a.M. 2001, S. 30.

<sup>16</sup> Ebenda, S. 40.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 41 f.

nichtung von Menschenleben folgen.“ Dazu zählt er z.B. die Zerstörung des Bürohochhauses in Oklahoma-City, den Giftgasangriff der japanischen Aum-Sekte in der Tokyoer U-Bahn und die jüngsten Milzbrandanschläge in den USA. Kein Terrorismus liegt für E.-O. Czempiel bei der Anwendung jener physischen, auch militärischen Gewalt vor, „die gesellschaftliche Akteure zugunsten konkreter politischer Ziele dann einsetzen, wenn alle anderen, nicht gewaltsamen Mittel versagt haben. ... In diese Kategorie der physischen Gewaltanwendung zugunsten klar benannter politische Zwecke durch klare, bekannte politische Akteure fallen die Auseinandersetzungen unserer Gegenwart in Nordirland, im Baskenland, in Korsika, im Kosovo und in den von Israel besetzten Gebieten Palästinas.“<sup>18</sup>

Beim Nachdenken über den Inhalt und die Konsequenzen der unterschiedlichen Terrorismus-Definitionen bin ich darauf gestoßen, daß sehr viele - gerade, wenn sie die Ursachen der in den Medien behandelten terroristischen Aktivitäten suchen - Terrorismus sehr schnell als *Waffe der Schwachen* definieren, womit sie nolens volens der Argumentation jener folgen, die von ihrem Staatsterrorismus ablenken wollen.

Wie prinzipiell falsch es ist, Terrorismus als *Waffe der Schwachen* zu definieren, hat mir der US-amerikanische Wissenschaftler N. Chomsky klar gemacht, der in einem Vortrag am 18.10.2001 zu dieser Problematik erklärte: „Die Kultur, in der wir leben, deckt mehrere Tatsachen auf. Erstens, der Terrorismus funktioniert. ... Meistens funktioniert die Gewalt. Das ist die Geschichte der Welt. Zweitens, die immer wiederholte Behauptung, daß der Terrorismus die Waffe der Schwachen ist, stellt einen äußerst groben analytischen Fehler dar. Wie die anderen Formen der Gewalt ist auch Terrorismus in erster Linie eine Waffe der Starken. ... Der Terrorismus wird nur deshalb für die Waffe der Schwachen gehalten, weil die Starken auch die Definitionsgewalt in den Staatssystemen haben. Aus demselben Grund wird der Terrorismus der Starken auch nicht zum Terrorismus gezählt. Das ist so gut wie überall der Fall.“<sup>19</sup>

Ausgehend davon, daß wir uns in unserem Kampf gegen Terrorismus und Krieg, für Frieden und gemeinsame Sicherheit in einer gerechteren Welt heute - und wohl noch eine ganze Weile - mit Versuchen auseinandersetzen müssen, Kriege für eine neue imperialistische Weltordnung mit der *Bekämpfung des Terrorismus* zu rechtfertigen, stelle ich folgende Definition des Terrorismus zur Diskussion:

---

<sup>18</sup>E.-O. Czempiel, a.a.O., S. 237 f.

<sup>19</sup>N. Chomsky, Die Kultur, in der wir leben, in: junge Welt vom 03.01.2002, S. 11.

**Terrorismus** ist die planmäßige und systematische Anwendung bewaffneter Gewalt gegen die Zivilbevölkerung durch politische Organisationen, Bewegungen und Staaten sowie deren Streitkräfte mit dem Ziel der Aufrechterhaltung oder der Veränderung bestehender ökonomischer und politischer Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse. Der verbrecherische und völkerrechtswidrige Charakter des Terrorismus folgt daraus, daß er systematisch gegen die - auch von Widerstands- und Befreiungsbewegungen einzuhaltenden - Festlegungen des humanitären Kriegsvölkerrechts über den unbedingten Schutz der Zivilbevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen (besonders 2. Zusatzprotokoll zur Genfer Konvention vom 08.06.1977) verstößt.

Die Behauptung, daß die USA heute weltweit *Kriege gegen den Terror* führen müssen, soll suggerieren, daß ihr Krieg selbst nichts mit Terror zu tun hat. Aber spätestens seit dem 20. Jahrhundert ist es eine Tatsache, daß Kriege mit der zunehmenden Technisierung hauptsächlich als Kriege gegen die Zivilbevölkerung geführt werden und insofern selbst extremster Terror sind.<sup>20</sup> Mit der Formel *Krieg gegen den Terror* haben die USA eine noch raffiniertere Kriegsapologetik entwickelt als es vordem schon die Formeln *humanitäre Intervention* und *Krieg für die Menschenrechte* waren.<sup>21</sup>

Wie wenig gerade die USA berechtigt sind, für die Welt zu definieren, was Terrorismus ist und was nicht, und ihre Kriege für eine *neue Weltordnung* als *Kriege gegen den Terrorismus* zu bezeichnen, ergibt sich schon aus einem kurzen historischen Überblick zur Rolle des Terrors in der Politik und Globalstrategie der USA seit dem Ende des zweiten Weltkrieges.

## Die USA - ein Anti-Terror-Staat?

Es gab und es gibt nicht *den* Terror. In der Zeit des Kalten Krieges bezichtigten beide Seiten sich gegenseitig, Terror als Kampfform anzuwenden.<sup>22</sup> Das widerspiegelt sich auch darin, daß sich die meisten *Terroristen* selbst als *Freiheitskämpfer* verstehen. So erinnert sich der namhafte israelische Friedenskämpfer U. Avnery: „In jungen Jahren gehörte ich zur Untergrundorganisation

---

<sup>20</sup>Siehe u.a. E. Voit, Zivilbevölkerung als Objekt der Kriegführung, in: Marxistische Blätter, Heft 04/1995, S. 64 ff.

<sup>21</sup>Siehe E. Voit, Auch mit Gewalt? Wege und Irrwege zur Durchsetzung der Menschenrechte, in: Marxistische Blätter, Heft 01/2001, S. 53 ff. Auch als Broschüre im pad-Verlag, Witten, Dortmund 2001.

<sup>22</sup>Siehe z.B. E. Kowaljow, W. Malyschew, Terror. Drahtzieher und Attentäter, Berlin 1986; B. Hoffman, Terrorismus - der unerklärte Krieg, Frankfurt a.M. 1999; I. u. H. Schäfer, Mord-Komplott. Der Staatsterrorismus der USA vom US-Senat dokumentiert, von George W. Bush wieder legalisiert, Ossietzky, Berlin, Sonderdruck, 12/2001.

*Irgun*. Wir nannten uns ‚Freiheitskämpfer‘, während die britische Mandatsregierung in Palästina auf ‚Terroristen‘ plädierte. In der Zwischenzeit habe ich verstanden, daß es eigentlich nur den einen Unterschied zwischen Freiheitskämpfern und Terroristen gibt. Erstere sind auf meiner Seite - letztere auf der gegnerischen.“<sup>23</sup>

Spätestens 1961 begannen die USA, terroristische Mittel und Methoden zum festen Bestandteil ihrer Globalstrategie zu machen. Das kam in einer Denkschrift des damaligen Chefs für Forschung und Entwicklung der US-Streitkräfte und späteren Mitglieds im Beraterteam von US-Präsident Nixon, Generalleutnant A. G. Trudeau, zum Ausdruck, über die das *Wall Street Journal* damals schrieb, es gehe darum, „den Konflikt mit dem Kommunismus in das rote Imperium zu tragen. Es geht dabei um den Gedanken ..., Guerillaunruhen, Sabotage und Subversion zu verabreichen, während man das vermeidet, was man für größere Wagnisse hält, die durch konventionelle militärische Operationen bedingt sind“ ... Wir müssen einen Weg finden, um ein an der Macht befindliches Regime ohne einen allgemeinen Krieg und selbst ohne begrenzten Krieg zu stürzen“, erklärt das Dokument.“<sup>24</sup> Die später folgenden Diskussionen über direkte und indirekte Strategie bis hin zum Konzept vom Low Intensity War und ihre praktische Umsetzung in Indonesien, Chile, Nicaragua - nicht zuletzt in Afghanistan - markieren den hohen Stellenwert, den die USA dem Terror in ihrer Strategie stets beigemessen haben.

Lange vor den Terroranschlägen auf die USA vom 11. September 2001 hatte der US-amerikanische Wissenschaftler Ch. Johnson, der während des Kalten Krieges Berater der CIA gewesen war, geschrieben: „Des einen Terrorist ist natürlich des anderen Freiheitskämpfer, und viele Vorfälle, die in den USA von offizieller Seite als grundlose Terroranschläge auf unschuldige Bürger verurteilt werden, sind in Wirklichkeit Vergeltungsakte für eine imperiale Politik. Terroristen greifen gerade deswegen unschuldige Bürger und unverteidigte amerikanische Ziele an, weil amerikanische Militärs, die von Schiffen auf See oder extrem hochfliegenden B-52-Bombern aus Marschflugkörper abfeuern oder von Washington aus brutale und unterdrückerische Regime unterstützen, unangreifbar erscheinen.“<sup>25</sup>

Seit dem 11. September 2001 versuchen die USA mit einem enormen diplomatischen und propagandistischen Aufwand sich der Weltöffentlichkeit als

---

<sup>23</sup>U. Avnery, Taub sind die Krieger, in: Freitag, Heft 47 vom 16.11.2001, S. 4.

<sup>24</sup>The Wall Street Journal vom 24.05.1961. Nach A. Charisius, J. Mader, Nicht länger geheim, Berlin 1969, S. 352.

<sup>25</sup>Ch. Johnson, Ein Imperium verfällt, München 2000, S. 26.

die *führende antiterroristische Macht* darzustellen. Angesichts der Bedeutung, die Terror gegen die Bevölkerung anderer Staaten seit dem Ende des zweiten Weltkrieges in der Globalstrategie der USA gespielt hat und heute noch spielt, ist das eine geradezu groteske Anmaßung. Immerhin handelt es sich bei den USA um eine Großmacht, die 1986 durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag verurteilt wurde, weil sie den Sturz der Regierung von Nicaragua mit solchen terroristischen Mitteln betrieben hatte wie „der Verminung von Häfen, der Zerstörung von Ö Raffinerien oder mit der Ausbildung, Bewaffnung und Ausrüstung von Contras“.<sup>26</sup>

Zur Unterstützung des Kampfes gegen die Sowjetunion lieferte „die amerikanische CIA für drei Milliarden Dollar Waffen an die afghanischen Mudschahidin“.<sup>27</sup> Schließlich kann die Luftkriegsstrategie der USA, die auf die Zerstörung der zivilen Infrastruktur ausgerichtet ist und das erklärte Ziel verfolgt, ganze Völker „zurück in die Steinzeit zu bomben,“ wohl nur als terroristisch bezeichnet werden. Folgerichtig kam G. Gaus deshalb auch zu der Einschätzung, US-Amerikaner haben bisher „mehr Terror ausgeübt als erfahren“.<sup>28</sup>

Terroranschläge, wie die vom 11. September 2001, erfüllen den Tatbestand des kriminellen Massenmords. Sie sind aber kein Krieg. Zuständig für ihre Ahndung wäre der Internationale Strafgerichtshof, dessen Statut bereits 1998 in Rom beschlossen wurde. 120 Staaten haben sich für die Schaffung dieses IStGH entschieden, 21 sind bisher noch unentschlossen. Lediglich sieben Staaten sind gegen die Schaffung eines solchen Gerichtshofes: China, Irak, Israel, Jemen, Katar, Libyen und die USA. Dem Wesen nach ist die Einstellung zur Schaffung dieses Internationalen Strafgerichtshofes gewissermaßen die Nagelprobe auf die tatsächliche Bereitschaft zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus auf der Basis des Völkerrechts und unter Ausschluß des Faustrechts.<sup>29</sup>

Aber gerade das wollen die USA offenkundig nicht. Denn mit dem *Gesetz zum Schutz der amerikanischen Streitkräfte 2001* wird allen US-amerikanischen Behörden die Zusammenarbeit mit dem IStGH strikt verboten und Staaten, die mit ihm zusammenwirken, werden Sanktionen der USA angedroht. „Bisher gab es keinen Präzedenzfall, in dem die USA einen multilateralen Vertrag - den

---

<sup>26</sup>IGH ICJ Reports 1986, § 268, S. 135. Nach N. Paech, G. Stuby, Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen, Hamburg 2001, S. 558.

<sup>27</sup>J. Bittner, Heiße Spuren aus dem Kalten Krieg, in: Die Zeit, Heft 47 vom 15.11.2001, S. 12.

<sup>28</sup>G. Gaus, Der Terror der Hysterie, in: Freitag, Berlin, Heft 47 vom 16.11.2001, S. 1.

<sup>29</sup>Siehe G. Stuby, Internationaler Terrorismus und Völkerrecht, In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/2001.

eine zu großen Teilen demokratische Koalition der Völkergemeinschaft anstrebt - mit solchem Druck zu verhindern sucht.“<sup>30</sup> Dieser Ablehnung völkerrechtlicher Regelungen entspricht dann auch ein demonstratives Setzen auf das Faustrecht, wie es US-Präsident G. W. Bush am 13.11.2001 mit seiner Anordnung zur Schaffung von geheim agierenden US-amerikanischen Militärtribunalen tat, denen jegliche Rechtsstaatlichkeit abgeht.<sup>31</sup>

All das veranlaßt inzwischen selbst Persönlichkeiten, die über viele Jahre immer wieder versucht haben, um Verständnis und Zustimmung für die Politik der USA zu werben, angesichts der offenen Sabotage von IStGH und Bio-waffen-Konvention sowie Aufkündigung des ABM-Vertrages zu der sarkastischen Einschätzung: „Wären internationale Verträge Lebewesen - man müßte heute darüber nachdenken, sie auf die Liste gefährdeter Arten zu setzen. Denn Amerikas neue Regierung hat die Jagdsaison auf das Völkerrecht eröffnet.“<sup>32</sup>

Ein besonderes Kapitel des Verhältnisses der USA zum Terrorismus ist ihre Luftkriegsstrategie. Generell wurde, wie N. Chomsky betont, im 20. Jahrhundert „die Zivilbevölkerung erneut zum vorrangigen Zielobjekt der Kriegführung. ... Militärische Angriffe auf die Zivilbevölkerung erreichten ihren Gipfel mit der Bombardierung Deutschlands und Japans durch die Alliierten.“<sup>33</sup> Die Luftkriegsstrategie der USA<sup>34</sup> zielt seit dem zweiten Weltkrieg vorrangig auf die Zerstörung der wirtschaftlichen Infrastruktur und damit der Lebensbasis

---

<sup>30</sup>Ch. Schmidt-Häuer: „Den Freunden ins Auge gestochen“, in: Die Zeit, Heft 43 vom 18.10.2001, S. 4.

<sup>31</sup>Siehe J. Willms, Im Morgengrauen. Bushs Militärtribunale widersprechen dem Rechtsstaat, in: Süddeutsche Zeitung vom 17.11.2001.

<sup>32</sup>Die Zeit, Heft 51 vom 13.12.2001, S. 10.

<sup>33</sup>N. Chomsky, War Against People, 2. Auflage, Hamburg, Wien 2001, S. 116.

<sup>34</sup>Nach Bundeswehr-Oberstleutnant J. Rose war die gegenwärtig gültige Luftkriegsdoktrin der U.S.-Air Force bereits im Frühjahr 1988 von dem damaligen Colonel J. A. Warden III entwickelt worden und hatte bereits den Luftkrieg gegen den Irak 1991 maßgebend geprägt. „Den Kern des strategischen Ansatzes Wardens stellt sein sogenanntes ‚Fünf-Ringe-Modell‘ dar. Ausgehend von einer systemtheoretischen Betrachtungsweise beschreibt Warden einen potentiellen Gegner als ein System konzentrisch angeordneter Ringe, deren strategische Relevanz von innen nach außen abnimmt. Angewendet auf einen feindlichen Staat definiert Warden dieses System der gestaffelten Ringe folgendermaßen: Im Zentrum befindet sich die politische und militärische Führungsspitze. Darum gruppieren sich die Schlüsselindustrie, die Transport-Infrastruktur, die Zivilbevölkerung und ganz außen das Militär ... Hervorzuheben ist, daß diese Luftkriegsdoktrin ganz bewußt auf die Zerstörung der Lebensgrundlagen eines Staates abzielt und insbesondere auch die Zivilbevölkerung selbst zum expliziten Ziel deklariert.“ (J. Rose, Der Januskopf - zur Rolle des Militärs im Kontext der Globalisierung, Mainzer Institut Recht und Zukunftsverantwortung, Diskussionspapier Nr. 07, S. 14 f.)

der Zivilbevölkerung. Die USA haben das insbesondere in Vietnam demonstriert, dessen Volk sie damit erklärtermaßen *in die Steinzeit zurückbomben* wollten. Nicht anders handelten sie im Golfkrieg II gegenüber dem Irak und im NATO-Krieg gegen Jugoslawien, deren zivile Opfer dieser verbrecherischen Kriegführung zynisch als *Kollateralschäden* bezeichnet wurden.

US-Verteidigungsminister Rumsfeld überbot das noch, als er kürzlich angesichts von mindestens 4.000 durch Luftbombardements der USA getöteten Afghanen erklärte: „Ich kann an keinen anderen Konflikt in der Geschichte der Menschheit denken, in dem es weniger Kollateralschäden gab.“<sup>35</sup> Der Vollständigkeit halber sei nur noch darauf verwiesen, daß die USA das 2. Zusatzprotokoll zum Genfer Abkommen vom 08.06.1977, das von Völkerrechtlern absolut zutreffend als *Zentraldokument des modernen Kriegsvölkerrechts* bezeichnet wird, bis heute noch nicht ratifiziert haben.<sup>36</sup>

### **Friedenskampf braucht ein gutes Gedächtnis**

Friedenskampf braucht ein gutes Gedächtnis, denn im Erfinden immer neuer Lügen sind die Kriegsinteressenten zynisch und skrupellos.<sup>37</sup> Und sie haben heute alle von Hitler gelernt, dessen Methode bekanntlich - wie er am 10.11.1938 vor Vertretern der deutschen Presse bekannte - darin bestand, „unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens“ schließlich „nicht etwa die Gewalt als solche zu propagieren, sondern ... bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann.“

Wie blaß ist heute schon die Erinnerung an die Versuche einflußreicher Medien, *islamische Terroristen* dafür verantwortlich zu machen, daß in den USA Menschen durch dort per Post verschickte Milzbranderreger getötet wurden. Um diese Sache wurde es dann allerdings sehr schnell ganz ruhig, als klar wurde, daß diese Erreger *nur* aus einem Biowaffenlabor der US-amerikanischen Streitkräfte stammen konnten. Und wem fiel angesichts des Versuchs der führenden USA-Medien, die Milzbrand-Anschläge zur Entfesselung einer sehr konkreten Anti-Terror-Hysterie zu nutzen, noch ein, daß wenige Tage vor den Anschlägen vom 11. September 2001, nämlich am 05. September,

---

<sup>35</sup> junge Welt vom 09.01.2002, S. 7.

<sup>36</sup> Es ist in diesem Zusammenhang aufschlußreich, daß der US-Terrorismus-Experte B. Hoffman dort, wo er auf das humanitäre Kriegsvölkerrecht eingeht, die Existenz dieses 2. Zusatzprotokolls ganz einfach ignoriert. Siehe B. Hoffman, a.a.O., S. 43.

<sup>37</sup> Siehe u.a. E. Woit, *Kriegsursachen, Kriegsverursacher, Kriegsmacher*, in: R.-M. Luedtke, P. Strutynski (Hrsg.), *Dem Krieg widerstehen*, Kasseler Schriften zur Friedenspolitik, Bd. 6, Kassel 2001, S. 58 ff.

auch in der deutschen Presse zu lesen war: „Die USA haben offenbar seit Mitte der neunziger Jahre in bislang nicht bekanntem Ausmaß mit biologischen Kampfstoffen experimentiert. ... Die Bush-Regierung will die Arbeiten nun ausweiten und denkt dabei auch an die Entwicklung neuartiger biologischer Kampfstoffe, so soll z.B. eine neue, gefährliche Variante des Milzbranderreger hergestellt werden.“<sup>38</sup>

Die Zustimmung des USA-Kongresses und des UN-Sicherheitsrates zum Golfkrieg II gegen den Irak hat US-Präsident G. Bush ganz wesentlich dadurch erreicht, daß er im Oktober 1990 vor diesen beiden Institutionen zwei angebliche Augenzeugen dafür auftreten ließ, daß irakische Soldaten in Kuwaiter Kliniken 312 Säuglinge aus Brutkästen entnommen und brutal getötet hätten. R. Clark, ehemaliger Justizminister der USA, beschreibt das, was da gelaufen ist, rückblickend so: „Seit dem Ende des Golfkrieges ist die Geschichte gründlich widerlegt. Es kam ans Licht, daß die Zeugen, die vor dem Sicherheitsrat und dem Kongreß ausgesagt hatten, dies unter falschem Namen und falscher Identität taten. Ein ‚Mr. Issah Ibrahim, der Chirurg‘, war in Wirklichkeit Ibraerm Behbehani, ein Kiefernorthopäde, Nayirah, die 15jährige, die ausgesagt hatte, sie habe zur Zeit der angeblichen Greuelthaten in der Klinik freiwillige Hilfsdienste geleistet, stellte sich als die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA heraus - was den Organisatoren der Anhörung vom 10. Oktober bekannt war.“

R. Clark vermerkt auch, daß zwei bedeutende Menschenrechtsorganisationen, wie *amnesty international* und *Middle East Watch*, - ebenso wie der US-Kongreß und der UN-Sicherheitsrat - von dieser Inszenierung zunächst überzeugt waren, bis sie feststellen mußten, daß man sie schamlos belogen hatte. „*Amnesty international* zog seine Bestätigung der Geschichte im April 1991 zurück. *Middle East Watch* untersuchte die Vorwürfe und schloß im Februar 1992 mit der Gegenklage, daß die Story, wie auch andere Schilderungen von Massenvergewaltigungen und Folter durch die Irakis, *eindeutig Kriegspropaganda* waren.“<sup>39</sup>

Daß die Erklärungen, mit denen die USA-Regierung ihren gegenwärtigen Krieg gegen Afghanistan begründet hatte, nicht durch Tatsachen gestützt waren, sondern eine auf die Mentalität der US-amerikanischen Bevölkerung abgestimmte Kriegspropaganda waren, offenbarte General a.D. B. Scowcroft in einem Interview. B. Scowcroft, der unter den Präsidenten G. Ford und G. Bush Chef des Nationalen Sicherheitsrats der USA war und auch heute die

---

<sup>38</sup>Frankfurter Rundschau vom 05.09.2001. Zitiert nach Wissenschaft & Frieden, Bonn, Heft 04/2001, S. 4.

<sup>39</sup>Siehe R. Clark, Wüstensturm. US-Kriegsverbrechen am Golf, Göttingen 1993, S. 64.

US-Regierung berät, antwortete auf die Frage, ob es sinnvoll sei, von einem *Krieg* gegen den Terrorismus zu sprechen: „Ja und nein. Sinnvoll, weil Krieg der Mobilisierung dient; das ist hier in den USA und auch in den meisten anderen Ländern der Welt notwendig, mit denen wir eine große Allianz bilden wollen. In den ersten Tagen war die Rede vom Krieg vor allem ein Weckruf. Die Wortwahl hat ihren Zweck erfüllt. Andererseits ist Krieg ein etwas irreführender Begriff, was die Natur des Konflikts angeht. ... Nichtmilitärische Maßnahmen sind effizienter als jedes Kriegsszenario. Aber es gibt natürlich in Amerika das Bedürfnis nach einem Militärschlag als Antwort auf die schrecklichen Angriffe. Diese Erwartung muß irgendwie erfüllt werden.“

Auf die Frage, ob Bin Laden als zentrale Figur des Terrorismus nicht überschätzt werde, antwortete B. Scowcroft: „Vermutlich. In Wahrheit wissen wir nicht besonders viel von ihm. Er ist eine, aber vielleicht nicht einmal die zentrale Figur in einer sehr losen Koalition von Zellen und Gruppen, die manchmal autonom, manchmal gemeinsam operieren. Er ist zu einem nützlichen Symbol geworden. Wer von Bin Laden spricht, meint ihn stellvertretend für terroristische, haßgetriebene Kräfte.“<sup>40</sup>

Schließlich sei gerade nach dem 11. September 2001 daran erinnert, daß es 1993 schon einmal einen Anschlag auf das New Yorker World Trade Center gegeben hatte. Bei diesem Sprengstoff-Anschlag starben sechs Menschen und mehr als Tausend wurden verletzt. Der ehemalige Bundesminister und Geheimdienst-Experte A. von Bülow erinnerte kürzlich in einem Interview daran, wie die US-Geheimdienste damals mit den von einem ehemaligen ägyptischen Offizier angeführten Attentätern kooperiert hatten. Denn diese waren „trotz Einreiseverboten des State Department von der CIA ins Land gelotst worden. Gleichzeitig war der Chef der Bande Informant des FBI. Und er vereinbarte mit den Behörden: Im letzten Moment werde das gefährliche Sprengmaterial durch ein harmloses Pulver ersetzt. Das FBI hielt sich nicht daran. Die Bombe ist sozusagen mit Wissen des FBI hochgegangen. Die offizielle Tatversion war rasch gefunden: Täter waren böse Muslime.“<sup>41</sup>

## **Kriegsziel Weltherrschaft**

Gerade weil inzwischen kaum noch jemand glaubt, daß es beim Golfkrieg II nicht um Erdöl gegangen sei und daß das Ziel der Bombardierung Jugoslawiens die Verwirklichung der Menschenrechte gewesen sei, soll die mit größtem Medienaufwand betriebene Propagierung des Krieges gegen Afghanistan

---

<sup>40</sup>Der Spiegel, Heft 40/2001, S. 170.

<sup>41</sup>Der Tagesspiegel vom 13.01.2002.

und der bereits angekündigten weiteren Kriege als *Anti-Terror-Kriege* den Eindruck vermitteln, daß diese neuen Kriege nichts mit dem Golfkrieg II und dem Krieg gegen Jugoslawien zu tun hätten. Wie gerade die nunmehr offene Infragestellung des noch geltenden Völkerrechts durch die gegenwärtige USA-Regierung sowie die demonstrative Behandlung ihrer NATO-Verbündeten als *tributpflichtige Vasallen* zeigt, handelt es sich nur um eine weitere Stufe der allseitigen Durchsetzung der Weltherrschaft der USA als der *einzigsten Weltmacht*.

In seinem Plädoyer für eine weltumspannende *Pax Americana* hatte K. R. Popper unmittelbar nach dem Golfkrieg II gefordert: „Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, für den Frieden Krieg zu führen. Das ist unter den gegebenen Umständen nicht vermeidbar. Es ist traurig, aber wir müssen es tun, wenn wir *unsere Welt* retten wollen ... Wir müssen für den Frieden Krieg führen.“<sup>42</sup> Mit der Zielsetzung, durch Kriege *unsere Welt zu retten*, ist gemeint, mit Waffengewalt auch weiterhin zu sichern, daß die 20 Prozent der Menschheit in den reichsten kapitalistischen Industrieländern 80 Prozent der Ressourcen dieser Erde verbrauchen können und die *restlichen* 80 Prozent der Menschheit sich mit dem zu begnügen haben, was dann noch übrig bleibt.

Zur massenwirksamen Rechtfertigung von Kriegen ist der *Anti-Terrorismus*, wie die jüngste Entwicklung zeigt, noch wirksamer als vordem das Konzept der *humanitären Interventionen für Menschenrechte*. Auf Grund seines ausgesprochen manichäischen Charakters erweist er sich bis hin zur entsprechenden Personifizierung des Feindes als eine wahre *moralische Keule*. Dabei ist die kriegsideologische Formel vom *Krieg gegen Terrorismus* genauso verlogen wie es die Formel vom *Krieg für Menschenrechte* war. So ist es schon aufschlußreich, wenn J. Ross aus einem Artikel von H. G. Ritter in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zitiert: „Seit dem 11. September ist der Begriff der Menschenrechte politisch unbrauchbar geworden“ und dann lapidar feststellt: „Terrorismusbekämpfung hat den Begriff der Menschenrechte als Argument für westliche Interventionen ersetzt.“<sup>43</sup>

Das entspricht genau der Alibifunktion, die J. S. Nye jr., 1994/1995 Abteilungsleiter im US-Verteidigungsministerium, humanitären Erklärungen in einem Beitrag zur Neubestimmung der Ziele der NATO mit den Worten zugewiesen hatte, es sollten „NATO-Staaten ganz allgemein die Anwendung von Gewalt vermeiden, wenn es sich nicht um Fälle handelt, in denen unsere

---

<sup>42</sup> „Kriege führen für den Frieden“. Der Philosoph Karl R. Popper über den Kollaps des Kommunismus und die neuen Aufgaben der Demokratie, in: Der Spiegel, Heft 13/1992, S. 205 u. 208. (Hervorh. E. W.)

<sup>43</sup> J. Ross, Arbeit am neuen Weltbild, in: Die Zeit, Heft 45 vom 31.10.2001, S. 16.

humanitären Interessen durch zusätzliche wichtige strategische Interessen verstärkt werden.“<sup>44</sup>

Tatsächlich geht es den USA auch im Falle Afghanistan um ganz handfeste ökonomische und geostrategische Ziele. So resümierte J. Schlesinger, Energieminister unter Präsident Carter, in einem Vortrag *Geopolitischer Wandel und Energiemarket* vor dem 15. Kongreß des Weltenergieerats in Madrid: „Aus dem Golfkrieg hat das amerikanische Volk gelernt, daß es wesentlich einfacher und weitaus lustiger ist, den Leuten im Nahen Osten in den Hintern zu treten, als selbst Opfer zu bringen, um die Abhängigkeit Amerikas von Ölimporten zu verringern.“<sup>45</sup>

Es gibt inzwischen zahlreiche Hinweise darauf, daß die Erschließung der Energieressourcen des Kaspischen Raumes und ihre Sicherung für die US-Monopole ein Hauptziel des Krieges gegen Afghanistan ist. „In Afghanistan wird nicht nur gegen den Terror, sondern auch um Öl und Gas gekämpft - von einer US-Regierung, die eng mit der Ölindustrie verbunden ist.“<sup>46</sup>

Faktisch hat B. Richardson, Energieminister in der Clinton-Administration, die jetzt mit der Installierung von US-Militärstützpunkten in den ehemaligen asiatischen Sowjetrepubliken systematisch begonnene Eroberung des kaspischen Raumes bereits frühzeitig so angekündigt: „Es geht um Amerikas sichere Energieversorgung. Und auch darum, strategische Querschläge durch die zu verhindern, die unsere Werte nicht teilen. Wir versuchen, die neuerdings unabhängigen Länder nach Westen zu bewegen. Wir möchten, daß sie sich auf westliche wirtschaftliche und politische Interessen ausrichten, statt andere Wege zu gehen. Wir haben politisch erheblich in die kaspische Region investiert, und für uns ist es sehr wichtig, daß die Pipelinekarte und die Politik zusammenpassen.“<sup>47</sup>

Auf dem Programmforum *Sicherheit für Deutschland*, mit dem die SPD am 21.01.2002 den Bundestagswahlkampf eröffnete, erklärte Bundesverteidigungsminister Scharping mit nun kaum noch zu überbietender Deutlichkeit, warum deutsche Soldaten z.B. nach Afghanistan geschickt wurden: „In 25 Jahren ist das Gas in der Nordsee alle, aber in der Region um Afghanistan und im Kaukasus ist alles vorhanden. Und ob dort regionale Sicherheit

---

<sup>44</sup>J. S. Nye jr., Die Neubestimmung der Bündnismission im Informationszeitalter, in: NATO-Brief, Brüssel, Winter 1999, S. 15.

<sup>45</sup>Nach *Le Monde diplomatique* (deutsche Ausgabe) vom März 2000, S. 16.

<sup>46</sup>M. Pitzke, Triebfeder des Krieges, in: *Die Woche* vom 19.10.2001, S. 18.

<sup>47</sup>Monbiot, A discreet deal in the pipeline, *Guardian*, London, vom 15.02.2001. Nach: Th. I. Steinberg, Krieg um Öl von Karatschi bis Triest, in: *junge Welt* vom 10./11.11.2001, S. 11.

entsteht, ist im Interesse aller, die in Zukunft aus der Region Energie beziehen wollen.“<sup>48</sup>

Zentrale Bedeutung für die geostrategische Beherrschung der Regionen, in denen sich die wichtigsten Energie-Ressourcen befinden, mißt die US-Regierung der Einrichtung von Militärstützpunkten bei. Aufschlußreich ist dafür, was W. Wimmer, CDU-Bundestagsabgeordneter, ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, über eine im Mai 2000 in Bratislava vom US-Außenministerium organisierte Konferenz berichtet, zu deren Teilnehmern Ministerpräsidenten, Außen- und Verteidigungsminister und hohe Militärs der NATO gehörten: „Auf dieser Konferenz spielte im Prinzip all das, was uns zwischen 1992 und 1999 berührt hat, keine Rolle mehr. Da wurde in aller Klarheit gesagt: Der Grund, warum wir auf den Balkan gegangen sind, liegt in den Versäumnissen des Zweiten Weltkrieges, als Eisenhower es unterließ, dort Bodentruppen zu stationieren. Das mußten wir unter allen Umständen nachholen. Warum? Aus den Gründen, die immer mit der Stationierung von Bodentruppen verbunden sind, nämlich Kontrolle über eine Region zu bekommen. Das läßt sich weder von Flugzeugen noch von Schiffen aus machen.“<sup>49</sup>

Nicht anders verfahren die USA im Afghanistankrieg, den sie dazu nutzen, in der gesamten Region, darunter auch in ehemaligen Sowjetrepubliken wie Usbekistan und Kirgistan, Stützpunkte anzulegen. Daß dabei eine Nutzung weit über den Krieg gegen Afghanistan hinaus geplant ist, offenbarte Konteradmiral C. Quigley vom Central Command der US-Streitkräfte in Tampa mit den Worten, „es ist von großem Wert, ... weiterhin rund um Afghanistan an unterschiedlichen Orten Flugplätze zu bauen, die im Laufe der Zeit unterschiedliche Funktionen erfüllen können.“<sup>50</sup>

## **Der Versuch, die Weltgeschichte rückgängig zu machen**

Wir haben es gegenwärtig immer offenkundiger mit dem sehr ernst zu nehmenden Versuch der *einzigsten Weltmacht* und ihrer *Vasallen* zu tun, nach dem Scheitern des ersten, mit der russischen Oktoberrevolution begonnenen Versuchs zur Verwirklichung einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus nun auch wesentliche Errungenschaften der bürgerlichen Revolutionen und der antikolonialen Befreiungsbewegung wieder rückgängig zu machen. Ganz

---

<sup>48</sup>Nach junge Welt vom 23.01.2002, S. 5.

<sup>49</sup>W. Wimmer in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 09/2001, S. 1057.

<sup>50</sup>Nach Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 02/2002, S. 164.

in diesem Sinne schrieb der Mitherausgeber der Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* J. Joffe, „der Mauerfall am 9. November 1989“ markiere „das Ende des totalitären Zeitalters überhaupt, das genau 200 Jahre zuvor mit der Französischen Revolution begonnen hatte.“<sup>51</sup>

Nichts macht diese gefährliche Entwicklung deutlicher als die planmäßige und systematische Zerstörung des seit dem Westfälischen Frieden von 1648 entwickelten Völkerrechts, das in der UNO-Charta seine bisher weitestgehende Demokratisierung und Humanisierung erfahren hat, und die Rückkehr zum Faustrecht in den internationalen Beziehungen. Deshalb nahmen die Hamburger Friedensforscher D. S. Lutz und R. Mutz den zweiten Jahrestag des Beginns der NATO-Aggression gegen Jugoslawien zum Anlaß, in einem Offenen Brief an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages festzustellen: „Unsere erste Sorge betrifft die Rolle des Rechts bei der Gestaltung von Frieden und Sicherheit, ferner das Gewicht von Recht unter Einschluß seiner Fortentwicklungsmöglichkeiten sowie die Gefahr seiner Verletzung und seines Mißbrauchs.“ Diese Sorge begründeten sie mit der Einschätzung: „Die Interventionsstaaten haben ... einen rechtswidrigen Angriffskrieg geführt. Sie haben, indem sie sich über das Aggressionsverbot hinwegsetzten, das oberste Anliegen der Völkergemeinschaft diskreditiert, ‚Frieden durch Recht‘ zu gestalten und auf diese Weise ‚künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren‘.“<sup>52</sup>

W. Wimmer veranlaßte die schon erwähnte Konferenz in Bratislava, an Bundeskanzler G. Schröder einen Brief zu schreiben, der mit der Warnung schloß: „Die amerikanische Seite scheint im globalen Kontext und zur Durchsetzung ihrer Ziele bewußt und gewollt die als Ergebnis von 2 Kriegen im letzten Jahrhundert entwickelte internationale Rechtsordnung aushebeln zu wollen. Macht soll Recht vorgehen. Wo internationales Recht im Wege steht, wird es beseitigt.. Als eine ähnliche Entwicklung den Völkerbund traf, war der zweite Weltkrieg nicht mehr fern.“<sup>53</sup>

Bundeskanzler G. Schröder hat diese Warnung offenkundig ignoriert. Deshalb machte W. Wimmer diesen Brief im Jahre 2001 schließlich öffentlich und erklärte dazu in einem Interview warnend, „wenn wir nicht zu der globalen Rechtsordnung zurückkehren, bekommen wir das Faustrecht.“ Denn: „Es gibt eine durchgehende Linie einsamer Entscheidungen aus Washington, vom Kyoto-Protokoll bis zum ABM-Vertrag, wo man sich fragt: Wollen die denn

---

<sup>51</sup>J. Joffe, Die Beton-Blamage, in: *Die Zeit*, Heft 33 vom 09.08.2001, S. 1.

<sup>52</sup>Nach: Frankfurter Rundschau vom 24.03.2001, S. 8.

<sup>53</sup>Nach Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 09/2001, S. 1060.

alles beseitigen, was bisher Zusammenarbeit und völkerrechtliche Verbindlichkeit ermöglicht hat?“<sup>54</sup>

Wie zielstrebig USA und NATO Kriege als Mittel zur Zerstörung des offiziell immer noch geltenden Völkerrechts einsetzen, wird daran deutlich, daß Bundeswehrgeneral K. Naumann, der zusammen mit US-General W. Clark für die militärische Planung des Angriffskrieges gegen Jugoslawien verantwortlich war, diesen Krieg allen Ernstes als „Geburtshelfer in der Weiterentwicklung des Völkerrechts“ bezeichnet und das so erläutert hat: „Mit dem Kosovo-Krieg ist meiner Ansicht nach das sogenannte Territorial-Prinzip außer Kraft gesetzt worden. ... Was im westfälischen Frieden von 1648 Grundlage der internationalen Politik wurde, ist durch das Handeln der NATO im Fall Kosovo außer Kraft gesetzt worden. Das Beispiel wird vermutlich in der weiteren Entwicklung eine wichtige Rolle spielen.“<sup>55</sup>

Wie sehr diese Sicht in konservativen Kreisen bereits als *normal* angesehen wird, verdeutlichen zwei Politologen damit, daß sie im Zusammenhang mit den von der NATO für die Zukunft ins Auge gefaßten Kriegen ganz selbstverständlich vom „modernen Genre der demokratischen Interventionskriege nach der Art des Golf-Krieges oder des Kosovo-Krieges“ schrieben.“<sup>56</sup>

Noch deutlicher zeigt sich der reaktionäre imperialistische Charakter jener Kriege, die die USA-Regierung gegenwärtig weltweit medienwirksam als *Krieg gegen den Terrorismus* inszeniert, in der unverhüllten Forderung nach einem neuen Kolonialismus. So schrieb der konservative britische Historiker P. Johnson im *Wallstreet Journal* vom 09.10.2001 unter der Überschrift *Die Antwort auf den Terrorismus? Kolonialismus*: „Amerika und seine Verbündeten werden vielleicht, zumindest zeitweilig, halsstarrige Terroristenstaaten nicht nur mit Truppen besetzen, sondern auch verwalten müssen. Das mag schließlich nicht nur in Afghanistan nötig sein, sondern auch im Irak, im Sudan, in Libyen, dem Iran und Syrien. ... Mir scheint, daß die mittelfristig beste Lösung die Wiederbelebung des Mandatsystems des alten Völkerbundes wäre, das zwischen den Weltkriegen als ‚respektable‘ Form des Kolonialismus gute Dienste leistete. Syrien und Irak waren einmal äußerst erfolgreiche Mandatsgebiete und auch Sudan, Libyen und der Iran waren durch internationale Abkommen besonderen Regierungsformen unterworfen worden. ... Wenn alle ständigen

---

<sup>54</sup>Ebenda, S. 1061.

<sup>55</sup>K. Naumann, Der nächste Konflikt wird kommen, in: Europäische Sicherheit, Hamburg, Heft 11/1999, S. 8 u. 14.

<sup>56</sup>G. Hellmann, W. Wagner, Getrennt marschieren oder zusammen? Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die NATO, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.6.2000, S. 10.

Mitglieder des Sicherheitsrats in unterschiedlichem Maße die amerikanische Initiative unterstützen, wie das jetzt der Fall ist, dann sollte es nicht zu schwierig sein, eine neue Form des UNO-Mandats zu entwerfen, das terroristische Staaten einer verantwortungsvollen Aufsicht unterstellt.“<sup>57</sup>

Zwei Tage zuvor hatte M. Wolf, Kolumnist der *Financial Times* für Fragen der Weltwirtschaft, die Zielsetzung dieses neuen Kolonialismus noch deutlicher mit den Worten auf den Begriff gebracht: „Das Ziel muß eine Änderung unserer Auffassung von nationaler Souveränität sein - dem Eckstein der heutigen Welt.“<sup>58</sup>

Am 15.10.2001 schließlich votierte der Redakteur der Meinungsseite des *Wall Street Journal* M. Boot in der Zeitung *Australian* dafür, „aufsässige Nationen mit einer Dosis US-Imperialismus zu kolonisieren“. „Es ist auffällig und kein Zufall, daß die USA jetzt die Aussicht auf ein militärisches Eingreifen in vielen derjenigen Länder haben, in denen Generationen britischer Kolonialsoldaten gekämpft haben. Afghanistan, Sudan, Libyen, Ägypten, Arabien, Mesopotamien (Irak), Palästina, Persien, die Nordwest-Grenze (Pakistan) - das alles sind Regionen, wo im 19. Jahrhundert die Autorität alter Reiche zerfiel und westliche Armeen die resultierende Unordnung befrieden mußten. Afghanistan und andere problembeladene Länder schreien heute nach solch aufgeklärter ausländischer Verwaltung, wie sie einmal von selbstbewußten Engländern in Kolonialuniformen und -helmen geleistet wurde. ... Einseitige US-Herrschaft ist vielleicht keine Option mehr. Aber die USA können eine internationale Besatzungsmacht unter UNO-Mandat und in Kooperation mit einigen moslemischen Staaten anführen.“<sup>59</sup>

In dieser US-Strategie einer neuen Kolonialisierung hat das hochgerüstete Israel einen festen Platz.<sup>60</sup> Das Bestreben Israels, seine inzwischen 35 Jahre währende Besetzung Palästinas mit immer brutalerem Waffeneinsatz zu verewigen, seine Politik des systematischen Landraubs mit dem Ziel, den Palästinensern faktisch ein Apartheidregime aufzuzwingen, sind nicht nur völkerrechtswidrig, sondern dem Wesen nach auch zutiefst kolonialistisch.

---

<sup>57</sup> P. Johnson, The answer to terrorism? Colonialism, in: The Wallstreet Journal, Oct., 09/2001.

<sup>58</sup> M. Wolf, The need for a new imperialism: Afghanistan is just one example of failed states that threaten world order. The only answer is active intervention by the west, in: Financial Times, London, Oct., 10/2001.

<sup>59</sup> M. Boot, Colonise wayward nations, in: The Australien, Oct., 15/2001.  
(<http://www.theaustralien.news.com.au/printpage/0,5942,3048229,00.html>)

<sup>60</sup> Siehe E. Voit, Israel in der Nahost-Strategie der USA, in: Marxistische Blätter, Heft 04/2001, S. 89 ff.

## Wie stark sind die USA wirklich?

Ohne Zweifel verfügen die USA noch über historisch beispiellose Potenzen. Am stärksten ist die *einzigste Weltmacht* militärisch, weshalb sie im Kampf um die *Neue Weltordnung* vor allem auf den Einsatz ihrer Militärmacht setzt. Dennoch sind die USA schwächer als das besonders seit dem Beginn des *antiterroristischen Krieges* erscheint. Selbst Z. Brzezinski weiß offenkundig um die Grenzen und das schließlich unvermeidliche Ende US-amerikanischer Weltherrschaft und der von ihr bestimmten *Pax Americana*. Denn er verlangt von der Politik der USA, „ein doppeltes Ziel zu verfolgen: die beherrschende Stellung Amerikas für noch mindestens eine Generation und vorzugsweise länger zu bewahren und einen geopolitischen Rahmen zu schaffen, der die mit sozialen und politischen Veränderungen unvermeidlich einhergehenden Erschütterungen und Belastungen dämpfen und sich zum geopolitischen Zentrum gemeinsamer Verantwortung für eine friedliche Weltherrschaft entwickeln kann.“<sup>61</sup>

Tatsächlich sind die USA schon heute schwächer als sie insbesondere nach der Inszenierung ihres Anti-Terror-Krieges erst einmal erscheinen. Bereits 1999 hatte S. P. Huntington warnend geschrieben: „Während die Vereinigten Staaten regelmäßig mehrere Länder als ‚Schurkenstaaten‘ brandmarken, werden sie selbst in den Augen vieler Länder zur Schurken-Weltmacht.“<sup>62</sup> Das zeigte sich z.B. am 25. September 2001, also wenige Tage nach den Terroranschlägen auf New York und Washington, als 167 der 189 UN-Mitgliedstaaten - unter ihnen Deutschland - in einer Resolution der Vollversammlung die Aufhebung des Jahrzehnte alten US-Embargos gegen Kuba verlangten. Gegen diese Resolution stimmten außer den USA noch zwei Staaten: Israel und die Marshallinseln.<sup>63</sup>

Wie weit die USA international tatsächlich isoliert sind, zeigte sich auf der dritten Weltkonferenz der UNO gegen Rassismus in Durban. Mehr als 10 000 Delegierte aus aller Welt und die Vertreter von 3.000 Nichtregierungsorganisationen hatten sich dort versammelt, um neben der Frage, wie rassistisch der Zionismus Israels ist, insbesondere auch den Rassismus der alten Kolonialmächte aufzuarbeiten und dabei auch die Frage zu beantworten, „ob und wie die USA zur Entschädigung für die Epoche der Sklaverei zur Rechenschaft gezogen werden sollen und können.“<sup>64</sup>

---

<sup>61</sup>Z. Brzezinski, a.a.O., S. 306.

<sup>62</sup>S. P. Huntington, Die einsame Supermacht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 05/1999, S. 553.

<sup>63</sup>Nach Neues Deutschland vom 29.09.2001, S. 6.

<sup>64</sup>C. Fetscher, Geld und Gesten, in: Der Tagesspiegel vom 05.09.2001, S. 8.

Gerade weil die USA sich in den vergangenen Jahren nachdrücklich für Wiedergutmachungsleistungen an die Zwangsarbeiter des Nazi-Regimes eingesetzt hatten, wirkte es um so befremdlicher, daß sie in Durban - zusammen mit ihren europäischen Verbündeten - jede Diskussion über die Entschädigung, auch nur über eine Entschuldigung, die andere Opfergruppen betrifft, zu unterbinden suchten. Das wurde dann auch von der Mehrzahl der in Durban anwesenden Staaten folgerichtig als Ausdruck eines Rassismus gewertet, der dem Nazi-Staat nur wegen dessen Verbrechen gegen Juden und andere Weiße nicht verzeiht und weil dieses Deutschland „in Europa kolonialistische Methoden anwandte, die bisher den algerischen Arabern, den indischen Kulis und den afrikanischen Negern vorbehalten waren“.<sup>65</sup>

Da sich die USA und Israel in Durban in einer historisch beispiellosen Isolierung befanden, verließen ihre Delegationen am 04.09.2001 - genau eine Woche vor den Anschlägen auf New York und Washington - fluchtartig die Weltkonferenz gegen Rassismus. Wahrlich kein Zeichen von Stärke, eher schon eine ohnmächtige Reaktion darauf, daß immer mehr Staaten nicht länger hinnehmen, nach anderen internationalen Normen behandelt zu werden, als sie die imperialistischen Staaten für sich beanspruchen.

Das betrifft in besonderer Weise die Menschenrechte. Und zwar nicht in jener selektiven Instrumentalisierung, die für die Regierungen aller NATO-Staaten typisch ist, sondern in der Einheit und wechselseitigen Bedingtheit von politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten, wie sie in der Universalen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und in den beiden Menschenrechtspakten von 1966 völkerrechtlich verbindlich festgelegt sind. Das wissen die Völker heute weltweit, und das macht den Politikern der USA und der anderen großen kapitalistischen Mächte Angst.

K. Biedenkopf artikuliert diese Angst mit den Worten: „Wie wollen wir uns gegen den Anspruch der Armen dieser Erde schützen, mit ihnen zu teilen, wenn wir kaum bereit sind zu teilen. ... Welche kriegerischen Gefahren erwachsen uns aus diesen Entwicklungen? Können wir die Menschenrechte noch aufrecht halten, jetzt, wo sie allenthalben anerkannt werden, wenn fremde Völker in unser Land drängen, unsere kulturellen Wurzeln bedrohen?“<sup>66</sup> Dieser Interessenkonflikt löst bei K. Biedenkopf regelrechte Angstträume aus.<sup>67</sup> Schließlich bekennt er, er habe zunehmend „den Eindruck, daß

---

<sup>65</sup>Ch. de Brie, Die Wiederkehr der Vergangenheit, in: Le Monde diplomatique (deutsche Ausgabe), Oktober 2001, S. 4.

<sup>66</sup>K. Biedenkopf, 1998 - 1990. Ein deutsches Tagebuch, Berlin 2000, S. 124.

<sup>67</sup>Siehe ebenda, S. 334.

unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung im Zenit ihrer Entwicklung angelangt ist. Im Grunde hat sie damit keine Zukunftsperspektive mehr. Die Art, wie wir leben, ist nicht verallgemeinerungsfähig. ... Das heißt aber, daß die Fortführung unserer eigenen Lebensweise nur möglich ist, wenn sie auch in Zukunft einer privilegierten Minderheit, den hochentwickelten Industrienationen, vorbehalten bleibt.“<sup>68</sup> Genau das aber - die Fortsetzung dieser die Zukunft der ganzen Menschheit bedrohenden Weltwirtschaftsordnung - ist das Hauptziel der Kriege, die die USA und ihre *tributpflichtigen Vasallen* nunmehr unter der Flagge des *Anti-Terrorismus* und faktisch auch eines neuen Kolonialismus zu führen begonnen haben.

Das, was gegenwärtig in Afghanistan unter Instrumentalisierung der UNO versucht wird, erinnert E. Hobsbawm „an die Zeit nach 1918, wenn neue Kolonien als Völkerbundmandate getarnt wurden“, und er warnt: „Das allergrößte Risiko, das sich schon seit zehn Jahren zeigt, besteht darin, daß koloniale Okkupation nichts verbessert. In Bosnien, im Kosovo, in Mazedonien hat diese neue fremde Okkupation keineswegs die gewünschte Stabilität gebracht.“<sup>69</sup>

### **Für gemeinsame Sicherheit in einer gerechteren Welt**

In der Erklärung der deutschen katholischen Bischöfe *Gerechter Friede* vom 27.09.2000 wird die fortdauernde Ungerechtigkeit, die darin besteht, daß die 20 Prozent der Weltbevölkerung in den Industriestaaten etwa 80 Prozent des globalen Ressourcenverbrauchs beanspruchen, als „ein ständiger Gefahrenherd für den Frieden“ bezeichnet und nachdrücklich festgestellt: „Wer den Frieden will, muß Gerechtigkeit wollen.“<sup>70</sup>

Was aber bedeutet es, eine *gerechtere Weltordnung* zu wollen? Es handelt sich um ein Problem, dessen Lösung keinesfalls *per Spendenkonto* möglich ist, sondern weitreichende Konsequenzen gerade für uns in den reicheren Ländern einschließt.

Der leider sehr jung verstorbene Sozialtheoretiker P. Kondylis hat die Problematik, um die es bei Krieg und Frieden vor allem geht, in seinem letzten Werk als wirtschaftlichen Verteilungskonflikt definiert und tut dann genau das, was Politiker wie K. Biedenkopf fürchten. Er stellt die Menschenrechtsfrage: „Der Streit über die Interpretation der *Menschenrechte* muß sich ... in einen Streit von Menschen über das verwandeln, was sie jeweils für die eigenen

---

<sup>68</sup>Ebenda, S. 224.

<sup>69</sup>Freitag, Berlin, Heft 44 vom 26.10.2001, S. 5.

<sup>70</sup>Siehe Die deutschen Bischöfe: Gerechter Friede, Bonn, 27. September 2000, (7) u. (32).

Rechte halten. Dieser Interpretationsstreit hat längst zwischen ‚Nord‘ und ‚Süd‘ bzw. ‚West‘ und ‚Ost‘ angefangen und er verschärft sich in dem Maße, wie die Milliarden des Südens bzw. des Ostens die ‚Menschenrechte‘ materiell auslegen und eine wesentliche Umverteilung des Weltreichtums ohne Rücksicht auf die Ethik der Satten fordern.<sup>71</sup>

Nach dieser *Ethik der Satten* ist es *normal*, wenn weltweit täglich 100.000 Menschen verhungern oder im Jahre 2000 allein in Afrika zweieinhalb Millionen Menschen mit Waffen umgebracht wurden, die in den reichen Ländern produziert worden sind. Nach dieser *Ethik der Reichen* geht es in Ordnung, wenn die USA erklären, sie hätten keine Mittel, um sich an der Finanzierung des globalen Klimaschutzes zu beteiligen, und wenige Wochen später - nach den Anschlägen vom 11. September 2001 - durch ihren Kongreß einstimmig 20 Milliarden Dollar für einen längeren Krieg bewilligen lassen.<sup>72</sup>

Der Einstieg in eine *gerechtere Weltordnung*, wenn sie denn ernsthaft gewollt ist, könnte der Schuldenerlaß für die ärmsten Länder oder der Erlaß aller Schulden sein, die die Entwicklungsländer eigentlich durch ihre bisherigen Zahlungen bereits zurückgezahlt haben. Früher oder später muß es dann aber zur Beseitigung jener *fünf Monopole* kommen, die das Großkapital der Industrie- und Finanzmultis sowie die in ihren Diensten stehenden Staaten gegen die armen Länder bisher mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten suchen. Nach S. Amin sind das: „1. das Monopol der neuen Technologien; 2. das der Kontrolle über die globalen Finanzströme; 3. die Kontrolle des Zugangs zu den Bodenschätzen des Planeten; 4. die Kontrolle der Kommunikationsmittel und Medien; 5. das Monopol der Massenvernichtungswaffen.“<sup>73</sup>

E.-O. Czempiel betont, *Verteilungsgerechtigkeit* zu erhöhen „ist nicht nur eine Forderung der Moral und der Humanität, der mitmenschlichen Sympathie und der Caritas, sie ist in allererster Linie eine Forderung moderner Sicherheitspolitik. Das muß in die Köpfe der Politiker gebracht werden.“<sup>74</sup> Eng mit der Verteilungsgerechtigkeit verbunden ist das Problem der *Gemeinsamen Sicherheit* bzw. gleicher Sicherheit für alle Staaten, ob groß oder klein. D. S. Lutz, der die überragende Bedeutung dieses sich aus der UN-Charta ergebenden Prinzips betont, schätzt ein: „Daß mit dem Ende des Kalten Krieges auch die

---

<sup>71</sup>P. Kondylis, Das Politische im 20. Jahrhundert, Heidelberg 2001, S. 66 f.

<sup>72</sup>Siehe F. Alt, „Auge um Auge“ - und die ganze Welt wird blind, in: Publik Forum, Oberursel, Heft 19/2001, S. 9.

<sup>73</sup>S. Amin, Kapitalismus, Imperialismus, Globalisierung, in: Marxistische Blätter, Heft 04/1998, S. 48.

<sup>74</sup>E.-O. Czempiel, a.a.O., S. 248.

eigene Verwundbarkeit verschwunden sei und deshalb auf die Fortführung des Dialogs weitgehend verzichtet werden könnte oder sogar - je nach Perspektive - durch technische Mittel wie Raketenabwehrprogramme kompensierbar würde, war und ist dagegen ein dramatischer Irrglaube der ‚machttrunkenen Sieger‘.<sup>75</sup>

Ganz im Sinne gleicher Sicherheit für alle Staaten bezeichnet S. Amin die Politik der USA und ihrer Verbündeten gegenüber den Staaten der Dritten Welt in Hinblick auf die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen als „heuchlerischen Diskurs, der hinnehmen lassen soll, daß der Westen die Mittel behält, die anderen Völker mit dem Genozid zu bedrohen, ohne selbst in Gefahr zu geraten!“<sup>76</sup>

Durch den von den USA als *Anti-Terror-Krieg* inszenierten weiteren Krieg für eine *Pax Americana*, d.h. die Erreichung wirklicher Weltherrschaft, haben sich die Chancen für eine globale Friedensordnung, die diesen Namen verdient, erheblich verschlechtert. Insbesondere seit dem Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien haben die USA und ihre Verbündeten eine Praxis der Selbstmandatierung für Kriege entwickelt, die das Faustrecht an die Stelle des in der UNO-Charta verankerten Völkerrechts setzt. Wirklicher Frieden ist nur als gerechter Frieden möglich, als ein Frieden, der allen Staaten, ob groß oder klein, gleiche Sicherheit und allen Menschen gleiche Lebenschancen gewährleistet.

Angesichts der Vernichtungswirkung der heute vorhandenen Waffensysteme und des ökologischen Gefahrenpotentials hat die Menschheit nur eine Zukunft, wenn sie rechtzeitig eine globale Friedensordnung verwirklicht. Dafür aber ist es so dringend wie noch nie seit dem Beginn des nuklearen Zeitalters, Geist und Buchstaben der UNO-Charta zur Richtschnur der internationalen Politik zu machen. Dazu gehört angesichts der Hysterie, mit der alle Staaten zu *Feinden der Zivilisation* erklärt werden, die sich nicht vorbehaltlos der USA-Politik unterordnen, insbesondere die bewußte und zielstrebige Rückbesinnung auf die UNO-Charta, die auf dem *Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder* beruht, den Angriffskrieg ächtet und im Interesse des Weltfriedens fordert, „eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für

---

<sup>75</sup>D. S. Lutz, Terrorismus, Solidarität und Verwundbarkeit, in: Forschung & Lehre, Bonn, Heft 12/2001, S. 636.

<sup>76</sup>S. Amin, Das Reich des Chaos, Hamburg 1992, S. 108.

alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen.“

Dieses große Ziel einer gerechteren und dadurch friedlicheren Welt vor Augen, sollten wir für die nächste Zeit als **Schwerpunkte** unseres Kampfes folgende **Teilziele** anstreben:

- Ächtung und Abrüstung der nuklearen, chemischen und biologischen Massenvernichtungsmittel,
- Delegitimierung des Waffenhandels,
- Reduzierung der Rüstungsausgaben und der Rüstungsproduktion,
- Durchsetzung des Primats ziviler Konfliktprävention und Konfliktlösung.

Lassen wir uns bei alledem jederzeit von jenem weisen Sprichwort leiten, das bei allen Völkern als Grundnorm verantwortungsbewußten menschlichen Verhaltens gilt und das da lautet: Was du nicht willst, daß man dir tut, das füg' auch keinem andern zu! Das ist auch der Grundinhalt jenes Kategorischen Imperativs, den I. Kant 1788 in seiner Schrift *Kritik der praktischen Vernunft* in die Worte gefaßt hat: "Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne."

**Autor:**

Prof. Dr. Dr. Ernst Woit,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.

Horst Schneider

## Gedanken zum *Appell aus Dresden*

Liebe Friedensfreunde, am 13. Februar 1982, als die Gefahr eines atomaren Krieges auf deutschem Boden sprunghaft gewachsen war, fand in der Dresdner Kreuzkirche und an der Ruine der Frauenkirche Eppelmanns *Berliner Appell*, „Frieden schaffen ohne Waffen! Schwerter zu Pflugscharen!“, große Aufmerksamkeit und Zustimmung.<sup>1</sup>

Er stand in der Tradition des Stockholmer Appells und des Paulskirchen-Manifests und war inspiriert vom *Krefelder Appell* und den Memoranden der *Generale für den Frieden*.

Der *Berliner Appell* ist der Anlaß, nicht die Ursache, daß einige Mitglieder der *Sächsischen Friedensinitiative* den *Appell aus Dresden* erarbeiteten.<sup>2</sup>

Uns geht es nicht darum, wer 1989 das Symbol *Schwerter zu Pflugscharen* fürchtete, warum *Die Welt* vom 15.02.1982 in der Kolumne *Dresden* einige Pfarrer, die inzwischen Bellizisten geworden sind, zur Opposition gegen die DDR ernannten. Es ist für uns auch nicht wichtig, daß es die *Sächsische Zeitung* vom 18./19.11.2000 unter Anspielung auf die Tatsache, daß Chruschtschow die berühmte Plastik der UNO geschenkt hatte, die jetzt seit sechzig Jahren am East River steht, einen „Witz der Weltgeschichte nannte, daß ein Atheist dem christlichen Abendland ein biblisches Symbol schenkt.“

Das Anliegen der Verfasser und Unterstützer des *Berliner Appells* und der Erklärung der *Kirchlichen Bruderschaft Sachsens* vom 11.05.1981 sind heute wichtiger denn je. Das beweist z.B. der Schlußsatz des Eppelmann-Appells:

„Frieden schaffen ohne Waffen - das bedeutet nicht nur: Sicherheit schaffen für unser eigenes Überleben. Es bedeutet auch das Ende der sinnlosen Verschwendung von Arbeitskraft und Reichtum unseres Volkes für die Produktion von Kriegswerkzeug und die Ausrüstung riesiger Armeen junger Menschen, die dadurch der produktiven Arbeit entzogen werden. Sollten wir nicht lieber den Hungernden in aller Welt helfen, statt fortzufahren unseren Tod vorzubereiten?“

Die Verfasser des *Dresdner Appells* wissen, daß manches erläutert werden müßte und auch anders formuliert werden könnte. Wir hoffen aber, daß wir die

---

<sup>1</sup> Siehe Anlage des vorliegenden Beitrages.

<sup>2</sup> Siehe S. 56 des vorliegenden Heftes.

wichtigsten Punkte für eine öffentliche Diskussion gefunden haben, die weiteres Nachdenken und Erörtern provoziert. Wir haben den Appell mit Bert Brechts *An meine Landsleute* verbunden. Ich möchte mit Zitaten schließen.

Das eine stammt von **Hans Sachs** und ist 500 Jahre alt:

Ein Narr steht am Wege und sieht, wie ein Heerhaufe mit Lanzen und Feuerbüchsen daherzieht.

„Woher kommen diese Männer?“, fragt er die Leute.

„Aus dem Frieden!“

Der Narr: „Wohin gehen sie?“

Die Leute: „In den Krieg!“

Der Narr: „Was machen sie denn im Krieg?“

Die Leute: „Sie stechen die Feinde tot und verbrennen die Städte.“

Der Narr: „Weshalb tun sie denn das?“

Die Leute: „Um Frieden zu machen!“

Spricht der Narr, daß er das nicht verstünde. Aus dem Frieden zu kommen und in den Krieg zu ziehen, um den Frieden zu machen; warum blieben sie denn nicht bei dem Frieden? Aber weil er ein Narr sei, würde er das wohl nicht verstehen.“

Sind die Fragen des Narren inzwischen beantwortet?

Präsident **John F. Kennedy** erklärte am 10.06.1963: „Was für einen Frieden suchen wir? Keine Pax Americana, die der Welt mit amerikanischen Waffen aufgezwungen wird ... Ich rede über den Frieden, weil der Krieg ein neues Gesicht bekommen hat. Totaler Krieg hat keinen Sinn in einem Zeitalter, in dem große Mächte starke und relativ unverwundbare Nuklearkräfte unterhalten können und ohne den Einsatz ihrer Macht nicht kapitulieren ... Ich rede vom Frieden als einem vernünftigen Ziel vernünftiger Leute ...“<sup>3</sup>

Könnte es sein, daß es zwischen Brecht, Kennedy und Stefan Heym eine Art Seelenverwandtschaft gab? Der Alterspräsident des 13. Deutschen Bundestages plädierte am 10.11.1994 dafür, „daß die Debatte um die notwendigen Veränderungen in unserer Gesellschaft Sache einer großen, bisher noch nie dagewesenen Koalition sein muß, einer Koalition der Vernunft, die eine Koalition der Vernünftigen voraussetzt.“

**Autor:**

Prof. Dr. Horst Schneider,

Dresden

---

<sup>3</sup> Zitiert nach Generale gegen Nachrüstung, Berlin 1963, S. 181.

Anhang:**Berliner Appell<sup>4</sup>**

Selig sind die Sanftmütigen. Denn sie werden das Erdreich besitzen

(Jesus von Nazareth in der Bergpredigt)

Das Gleichgewicht des Schreckens hat den Atomkrieg bisher nur dadurch verhindert, daß es ihn immer wieder auf morgen vertagt hat. Vor diesem herannahenden Morgen des Schreckens fürchten sich die Völker. Sie suchen nach neuen Wegen, dem Frieden eine bessere Grundlage zu geben. Auch der *Berliner Appell* ist ein Ausdruck dieses Suchens. Denkt über ihn nach, macht unseren Politikern Vorschläge und diskutiert überall die Frage: Was führt zum Frieden, was zum Kriege?

Bekräftigt Eure Zustimmung zum *Berliner Appell* durch Eure Unterschrift.

Berlin, den 25. Januar 1982

Rainer Eppelmann

1125 Berlin. Niehofer Str 40.

**Frieden schaffen ohne Waffen**

1. Es kann in Europa nur noch einen Krieg geben, den Atomkrieg. Die in Ost und West angehäuften Waffen werden uns nicht schützen, sondern vernichten. Wir werden alle längst gestorben sein, wenn die Soldaten in den Panzern und Raketenbasen und die Generäle und Politiker in den Schutzbunkern, auf deren Schutz sie vertrauen, noch leben und fortfahren zu vernichten, was noch übriggeblieben ist.
2. Darum: Wenn wir leben wollen, fort mit den Waffen! Und als erstes: Fort mit dem Atomwaffen! Ganz Europa muß atomwaffenfreie Zone werden. Wir schlagen vor: Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten über die Entfernung aller Atomwaffen aus Deutschland.
3. Das geteilte Deutschland ist zur Aufmarschbasis der beiden großen Atommächte geworden. Wir schlagen vor, diese lebensgefährliche Konfrontation zu beenden. Die Siegermächte des 2. Weltkrieges müssen endlich die Friedensverträge mit den beiden deutschen Staaten schließen, wie es im Potsdamer Abkommen von 1945 beschlossen worden ist. Danach sollen die ehemaligen Alliierten ihre Besatzungstruppen aus Deutschland abzie-

---

<sup>4</sup> Siehe R. Eppelmann, *Wende-Wege*, Bouvier-Verlag, Bonn 1992, S. 213 f.

hen und Garantien über die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der beiden deutschen Staaten vereinbaren.

4. Wir schlagen vor, in einer Atmosphäre der Toleranz und der Anerkennung des Rechts auf freie Meinungsäußerung die große Aussprache über die Fragen des Friedens zu führen und jede spontane Bekundung des Friedenswillens in der Öffentlichkeit zu billigen und zu fördern. Wir wenden uns an die Öffentlichkeit und an unsere Regierung, über die folgenden Fragen zu beraten und zu entscheiden:
  - Sollten wir nicht auf Produktion, Verkauf und Einfuhr von sogenanntem Kriegsspielzeug verzichten?
  - Sollten wir nicht anstelle des Wehrkundeunterrichtes an unseren Schulen einen Unterricht über Fragen des Friedens einführen?
  - Sollten wir nicht anstelle des jetzigen Wehrrersatzdienstes für Kriegsdienstverweigerer auch sozialen Friedensdienst zulassen?
  - Sollten wir nicht auf alle Demonstrationen militärischer Machtmittel in der Öffentlichkeit verzichten und unsere staatlichen Feiern statt dessen dazu benutzen, den Friedenswillen des Volkes kundzutun?
  - Sollten wir nicht auf die Übungen zur sogenannten Zivilverteidigung verzichten? Da es im Atomkrieg keine Möglichkeiten einer sinnvollen Zivilverteidigung gibt, wird durch diese Übungen nur der Atomkrieg verharmlost. Ist das nicht womöglich eine Art psychologische Kriegsvorbereitung?
5. Frieden schaffen ohne Waffen - das bedeutet nicht nur Sicherheit zu schaffen für unser eigenes Überleben. Es bedeutet auch das Ende der sinnlosen Verschwendung von Arbeitskraft und Reichtum unseres Volkes für die Produktion von Kriegswerkzeug und die Ausrüstung riesiger Armeen junger Menschen, die dadurch der produktiven Arbeit entzogen werden. Sollten wir nicht lieber den Hungernden in aller Welt helfen, statt fortzufahren, unseren Tod vorzubereiten?

Lorenz Knorr

## Zur Multifunktionalität des derzeitigen US-Krieges

US-Präsident Bush jun. fand in den gewählten Spitzengremien der USA größte Zustimmung, als er vom mehrjährigen *Krieg gegen den internationalen Terrorismus* und von der *Achse des Bösen* Irak, Iran und Nordkorea sprach. Kritische Stimmen dagegen zeigten sich selbst innerhalb der NATO, von der Artikulation von Volksinteressen überall in der Welt ganz abgesehen. Diese Unterschiede verweisen auf Interessendifferenzen, auf die noch einzugehen sein wird. Zweifellos ist es eine ungeheuerliche Zumutung, was die US-Führung unter dem bereits genannten Vorwand realisiert und weiter plant.

Im Referat von Prof. Woit klang die Mehrfunktionalität des gegenwärtigen US-Krieges bereits an. Diese Problematik soll im folgenden etwas vertieft und ausgeweitet werden.

Vor der oben erwähnten Rede kündigte Bush eine gewaltige Steigerung der US-Rüstungsausgaben an: zweistellige Erhöhungen pro Jahr. Für das Haushaltsjahr, das am 01.10.2002 beginnt, will der US-Präsident 48 Milliarden US-Dollar mehr als im Vorjahr. Bereits jetzt wendet man in den USA täglich 30 Millionen US-Dollar für High-Tech-Vernichtungsgerät auf. Jedermann kann sich vorstellen, was mit derartigen Summen zu leisten wäre, wollte man das Elend in der Welt und das in den USA überwinden.

Inzwischen überschritt der Anteil der USA an den Weltrüstungsausgaben die 50 Prozent-Grenze. Unter Präsident Clinton erreichten die USA *nur* 48 Prozent. Mit 280 Millionen Einwohnern der USA - von mehr als 8 Milliarden in der ganzen Welt - wendet die US-Führung gigantische 5 Prozent für Rüstung auf, um andere Völker einzuschüchtern oder zu beherrschen. Kriege, in denen man High-Tech-Zerstörungsinstrumente verschleißt, bringen den Rüstungsproduzenten eine hohe Rendite. Sie ist 3 bis 4 Mal so groß wie in der Zivilgüterwirtschaft. Rüstungsprofit ist eine starke Antriebskraft für die Perfektionierung von Tötungsmitteln und für Kriege. *Rüstung tötet bereits im Frieden* - war und bleibt eine wirkungsvolle Losung der Friedensaktivisten. Tatsächlich verdient eine kleine Minderheit gewaltige Summen am *Geschäft mit dem Tod*.

Die enorme Steigerung der US-Rüstung für High-Tech-Kriege bringt für die Welt ein doppeltes Problem:

- Es ist zum einen ein Signal bzw. eine Aufforderung für andere Staaten, ihren Militäraufwand ebenfalls zu erhöhen. Manche sehen sich bedroht und

reagieren darauf. Damit aber stärkt man den militärischen Faktor nicht nur in den internationalen Beziehungen, womit man zivile Konfliktregelungsmöglichkeiten materiell und konzeptionell einschränkt. Die US-Praxis, *Sicherheit* auf das Militärische zu begrenzen, nötigt man tendenziell auch jenen auf, die das nicht wollen. Die USA stehen auch an der Spitze der Rüstungslieferanten. Sie trachten danach, die materielle Unterfütterung ihrer *Sicherheits*-Konzeption global durchzusetzen. Das ist ein Rückschritt in der Zivilisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen, wie sie 1945 mit der UNO-Charta versucht wurde.

- Erhöhte Rüstungsausgaben beschränken zum anderen stets die Sozialinvestitionen, weil man einen US-Dollar, einen Euro, einen Yen u.a. Valuten eben nur einmal für das eine oder andere ausgeben kann. Die *Ausgelaugte Gesellschaft* ist eine Folge dieser finanzpolitischen Prioritätensetzung, wie der US-Forscher S. Melman schon vor Jahren mit vielen Beispielen aus den USA belegte. Mit einer solchen Finanz- bzw. Rüstungspolitik wächst auch die so wie so schon tiefe Kluft zwischen Arm und Reich. Dieser Widerspruch produziert in der Regel Frust, Wut und Haß, was in Gewalt umschlagen kann, wenn konstruktive Ziele fehlen. Neben der Demütigung anderer Völker und Kulturen durch die NATO-Staaten, speziell durch die Global Player, ist dieser Widerspruch eine der Ursachen für den internationalen Terrorismus. Er ist keine Sache von *Gut und Böse*.

Die US-Führung schafft also mit ihrer Politik erst den sozialen Nährboden für den gleichen Terrorismus, den zu bekämpfen sie vorgibt. Wer Terrorismus überwinden will, sollte seine realen Ursachen und seinen Nährboden beseitigen.

Indem man durch parasitäre Rüstung menschliche und materielle Energien vergeudet, entzieht man diese der Meisterung der aufgetürmten sozialen Probleme in der ganzen Welt. Im elektronischen Zeitalter sind alle menschlichen und technischen Kapazitäten vorhanden, um die meisten Ursachen von internationalem Terror auszuschalten: Not, Unterentwicklung, Analphabetismus, Seuchen, Umweltschäden usw. Es ist ein Problem der finanzpolitischen Prioritätensetzung als Ausdruck kollidierender Interessen.

### **Wirtschaftliche Zusammenhänge mit dem US-Krieg**

Eine tiefe Krise erschüttert seit Spätherbst 1999 die US-Wirtschaft. Statt Wachstum herrscht Stillstand und Rückgang. Die Börsenkurse fallen in den Keller. Die Massenarbeitslosigkeit wächst, besonders in den letzten Monaten. Das schwächt die Kaufkraft. Die rückläufige Nachfrage blockiert den Aufschwung. Das Leistungsbilanz-Defizit der USA, also die Differenz zwischen reduzierter Ausfuhr und gesteigerter Einfuhr, überschritt im Jahr 2001 die

Grenze von 500 Milliarden US-Dollar. Der Präsident des IWF Köhler merkte kritisch an, daß dies zu Lasten anderer Völker gehe. Alt-Kanzler Schmidt rechnete in *Die Zeit* den Deutschen vor, daß die USA auf Pump leben. D.h. andere Völker - nicht nur wir - finanzieren die US-Rüstungsausgaben und die US-Kriege mit. Die Funktion des US-Dollar als Leitwährung ermöglicht diese Lastenabwälzung. Wer empört ist über diesen Sachverhalt, darf ihn Unverschämtheit nennen.

Obwohl die USA die unangefochtene Militärmacht Nummer 1 sind, befinden sie sich wirtschaftlich in der Defensive. Ihr Anteil an der Weltindustrieproduktion betrug 1950 über 50 Prozent, gegenwärtig liegt er bei ca. 20 Prozent. Zwar wuchs die US-Wirtschaft, aber in anderen Staaten wuchs sie ungleich schneller, vor allem in Japan und der Alt-BRD. Zudem kamen andere Konkurrenten dazu, z.B. China. In der Pro-Kopf-Berechnung ist das Verhältnis von USA und BRD noch deutlicher als in absoluten Zahlen. Die Ungleichmäßigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung imperialistischer Staaten, etwa zwischen Britannien und dem deutschen Kaiserreich, bot schon einmal einen Anlaß zum Krieg.

In Krisensituationen, wie sie zur Zeit vor allem die USA erfahren, trat schon manche Regierung *die Flucht nach vorn* an: in den Krieg. Einige historische Beispiele sind bekannt, nicht nur das von Hitler-Deutschland. Innere Krisen nach außen abzuwälzen und damit zugleich die durch innere Maßnahmen verursachte Empörung auf einen *aufgebauten* äußeren *Feind* zu kanalisieren, gehört zu den Herrschaftstechniken mancher Mächte bzw. deren Führungen.

Da bleibt schon zu fragen, ob das Verbrechen vom 11. September 2001 in New York und Washington nicht wie bestellt kam, um von der anhaltenden inneren Krise abzulenken und das US-Volk *geschlossen hinter der Kriegsflagge zu versammeln*. Ein *böser Feind* war abzustrafen. Ein strukturelles Problem personalisierte man: Bin Laden, die Inkarnation des internationalen Terrorismus. Das *Gute* gegen das *Böse* ist zwar eine simplifizierte Darstellung des Problems. Aber das macht sich gut, wenn man eigene Fehler oder Verbrechen zu kaschieren hat.

Auch ein anderes ökonomisches Problem wirkt sich aus: Der Anteil der USA auf dem Weltmarkt ist eben so rückläufig wie der an der Weltproduktion. Die EU (ohne Beitritts-Kandidaten) ist nach statistischen Angaben im Welthandel zur Zeit etwa vier Mal so stark wie die USA. Wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit hängt bekanntlich auch von der Verfügbarkeit über Öl und andere Rohstoffe ab. Die EU ist auf den Import von Rohstoffen angewiesen. Die USA sind beinahe Selbstversorger, aber sie greifen auf die Rohstoffgebiete zu, auch militärisch. Mit ca. 20 Prozent der Weltbevölkerung verbrauchen bzw.

vergeuden sie derzeit 26 Prozent der verfügbaren Weltvorräte an Energiequellen. „Wir brauchen noch mehr,“ erklärte Bush jun., „um unseren american way of life“ weiterzuführen. Man las auch schon andere Begründungen: „Wir brauchen mehr, damit die anderen weniger erhalten.“ Das bedeutet: Die EU z.B. soll weniger erhalten, damit sie die USA auf dem Weltmarkt nicht mehr so hart wie jetzt bedrängen kann. Hier zeigt sich eine Interessenskollision innerhalb der NATO.

Es sind also keineswegs allein Weltherrschaftspläne, wenn die US-Führung in Nahost - wie beim Golfkrieg 1991 - und nun auch am *Kaspi* und in Mittelasien (Kasachstan, Usbekistan u.a.) die reichlich vorhandenen Öl- und Erdgasvorkommen auszubeuten versucht. Das hängt auch und nicht zuletzt mit Konkurrenzproblemen auf dem Weltmarkt zusammen. Zudem: Eine gigantische Militärmacht benötigt eine gigantische Wirtschaft und diese benötigt gigantische Mengen an Rohstoffen, um bestehen und andere beherrschen zu können.

### **Die einmalige Globalstrategie der US-Führung**

Prof. Voit belegte bereits mit Hinweis auf das Buch *Die einzige Weltmacht* des ehemaligen Präsidentenberaters Z. Brzezinski die geopolitische Anlage der Weltherrschaftspläne der US-Führung. Dabei hat Mittelasien, also die ehemaligen Sowjetrepubliken, dort selbst neben der ökonomischen Funktion auch die eines Landkeils zwischen Rußland und China. Der ehemalige US-Außenminister Baker stützte bei einem Vortrag in Frankfurt a.M. alle Thesen Brzezinskis.

Seit 1995 investiert das US-Kapital in Kasachstan und seit 1996 in Usbekistan. Hohe US-Offiziere in Zivil erkundeten zugleich die *sicherheitspolitischen Möglichkeiten*. Das Hauptproblem war der Transport der Rohstoffvorkommen zu einem Hafen. Die Pipelines Rußlands wollte man nicht benutzen, durch den Iran konnte man damit nicht. Also blieb der Weg durch Afghanistan. Doch die Verhandlungen mit den Taliban führten zu keinem Erfolg.

1997 führten Spezialkräfte der USA in Kasachstan *Manöver* durch - Richtung Süden, über hohe Berge nach Afghanistan. 1998 fanden in Usbekistan ähnliche Manöver statt - durch ein geeignetes Tal ohne natürliche Hindernisse. Im gleichen Jahr übten paramilitärische Truppen der CIA im Süden Afghanistans Krieg Richtung Kabul. Dennoch verhandelten US-Beauftragte mit den Taliban, um zu einem Ergebnis zu kommen.

Das Verbrechen vom 11. September 2001 brachte den Anlaß, um unter falschem Vorwand das Energieproblem zu lösen und einen Militärstützpunkt in

Afghanistan zu erhalten. Wirtschaftliche und globalstrategische Interessen der US-Führung durchdringen sich.

Es zeichnet sich eine Einkreisung Chinas ab, so wie nach 1945 die UdSSR eingekreist wurde. Die US-dominierte Weltbank ortete die Volksrepublik China als die aufkommende und in ca. 10 Jahren als die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt. Erklärtermaßen will die US-Führung einen gleichstarken Rivalen nicht mehr dulden. Zu den schon vorhandenen Militärstützpunkten der USA in Japan, in Südkorea, auf der Insel Diego im Pazifik, in Saudi-Arabien und der Türkei kommen auch Militärstützpunkte auf den Philippinen und in Usbekistan oder in Afghanistan hinzu.

Ähnlich wie die weißen Kolonisten in Nordamerika skrupellos die Ureinwohner mit Gewalt und bei Erklärung der Menschenrechte vertrieben oder mordeten, wird heute der Einflußbereich der USA *zu neuen Grenzen* auszudehnen versucht. Nachdem die welthistorische Gegenmacht implodierte, entwickelten die US-Planer in ihren *brain trusts* bzw. in ihren speziellen Instituten globale Entwürfe zur Beherrschung von Gebieten, die sich zur Zeit der Nutzbarmachung für US-Interessen noch entziehen.

Widerstände aller Art trachtet man auszuschalten: auf Selbstbestimmung gerichtete Bewegungen, auf staatliche Souveränität orientierte Regierungen oder als potentielle Gegenmacht entstehende weltpolitische Rivalen. Diplomatische Erpressung, subversive Geheimdienstarbeit oder militärische Gewalt setzt man ein, um Widerstände schon im Keim zu ersticken. Mit unterschiedlichen Bündnissen nutzt man die Potenzen anderer Staaten und spart eigene Kräfte. Oder man führt Luftkrieg aus einer Höhe, die der Attackierte nicht erreicht, und läßt als Bodentruppen andere Völker für US-Interessen arbeiten und sterben.

Bei der *Bekämpfung des internationalen Terrors* reichte die NATO nicht mehr aus. Eine weltweite Koalition unter scheinbarer Zurückstellung ihres Unilateralismus benötigte die US-Führung, um letztendlich zu zeigen, wer in der Welt unserer Zeit die globalen Ziele setzt, unilateral, nicht multilateral.

Das stößt auf Gegenwehr. Die verfeindeten arabischen Brüder Iran und Irak rücken nach der Proklamation der *Achse des Bösen* zusammen. Sie beginnen ihre gemeinsamen Interessen gegen die Unterdrückung der US-Führung zu erkennen. Ein *strategisches Dreieck* mit China, Indien und Rußland zeichnet sich ab. Gelänge das, trotz einer rechtsgerichteten Regierung in Indien, hätte das eine Wirkung auf viele Entwicklungsländer. In der Vollversammlung der UNO, dem Parlament der Völker, könnte dann manches erreicht werden, was einer Sicherheit für alle, nicht für wenige gleichkommt.

## **Komplettierende kulturelle Weltherrschaft der USA?**

In seiner Botschaft über *Die Lage der Nation* erklärte der US-Präsident, US-Werte wie „Freiheit und Gerechtigkeit sind richtig und wahr und sie gelten unverändert und überall für alle Völker.“ Über die Definitionsmacht sprach bereits Prof. Woit. Nun ist ein fundamentalistischer Anspruch erhoben, der auf eine von der US-Führung diktierte Weltideologie hinausläuft, der sich alle beugen sollen.

Der finnische Präsident Kekkonen warnte bereits 1975 von einem *Informationsimperialismus*, weil US-Medien schon damals ihre spezifische Art von Kultur- und Informationspolitik mit verschleiern dem Charakter anderen Völkern aufdrängten. Die Ignoranz anderer Wertsetzungen und Kulturen mit verschiedenen historischen Prägungen prangerten schon damals manche als unerträglich an.

Mittels einer von der US-Führung verkündeten Ideologie viele Köpfe anderer Völker zu beherrschen, ist kein historisches Novum. Neu ist die Vehemenz, mit der in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft - die demokratisch und pluralistisch sein sollte - in globalem Ausmaß die *Werte* einer Minderheit als verbindlich für alle erklärt werden. Was Bush verkündete, läuft auf eine Zerstörung anderer Kulturen hinaus und fördert den internationalen Terror, um ihn dann günstig für das US-Rüstungsgeschäft bekämpfen zu können.

Die Praxis der USA steht jedoch in eklatantem Widerspruch zu den verkündeten Werten, die unverändert und überall für alle Völker gelten sollen. Verfügen 90 Prozent der US-Bevölkerung über die Freiheit, den ihr Schicksal bestimmenden wirtschaftlichen und globalstrategischen Kurs der US-Führung mitbestimmen zu können? Nein! Besteht Gerechtigkeit in einem Staat, in dem etwa 10 Prozent über 80 Prozent des Reichtums verfügen? Wie ist das mit Freiheit und Gerechtigkeit, wenn die Superreichen ihre Wohnsiedlungen einmauern und sich durch private Polizeikräfte von den anderen, arm gebliebenen, abschotten lassen?

Schon vor Jahrzehnten belegte der US-Soziologe Riesman in seinem Buch *Die einsame Masse*, daß mehr als 80 Prozent der US-Amerikaner außengeleitet, also von anderen in ihrem Denken und Handeln bestimmt sind. Heute dürfte die Zahl der *Außengeleiteten* wesentlich größer sein.

## **EU und BRD mit eigenständigen Positionen?**

Eine Solidaritätserklärung mit den New Yorkern und anderen, die der Terror vom 11. September 2001 betraf, konnte man selbstverständlich abgeben, aber

nicht für eine Staatsführung, die einen durch nichts zu legitimierenden Krieg begann. *Rache* ist im Völkerrecht nicht vorgesehen. Wer sich mit der US-Führung solidarisierte, ignorierte das Völkerrecht und stärkte die Willkür derselben.

Angesichts der seit 1991 eingeleiteten Neuaufteilung der Welt ist zu fragen, welchen Charakter der fälschlicherweise strapazierte *Bündnisfall* der NATO trägt. War es nur der Anspruch auf einen Anteil an der Beute, der damit angemeldet wurde? Ein Angriff eines Staates auf die USA, der das Inkrafttreten des Artikel 5 des NATO-Vertrags mit sich gebracht hätte, lag bekanntlich nicht vor. Oder versuchte man, die Völker der anderen NATO-Staaten auf politische Unterstützung der US-Aggression einzustimmen? Oder wollte man die Militärs der europäischen NATO-Staaten auf eine Kriegsteilnahme vorbereiten? Welche Gründe konnte es sonst noch geben?

Die *uneingeschränkte Solidarität*, die Bundeskanzler Schröder der US-Führung erklärte, läßt nur zwei Schlüsse zu: entweder unangebrachte Unterwürfigkeit gegenüber dem *Großen Bruder* oder *Dabei-Sein-Wollen* wegen der Rohstoffvorräte in Nahost und in Mittelasien. In diesem Zusammenhang forderte Schröder die *Enttabuisierung des Militärischen*. Diese Vorbereitung der Menschen auf die eventuelle Kriegsteilnahme mißachtet die historischen Lektionen der Deutschen und ist zudem höchst riskant, weil Kriegsteilnahme ein Land auch zur Zielscheibe für reaktive Terroraktionen macht. Schröder führte damit weiter, was Kohl, Schäuble und Rühe als *Normalität* klassifizierten, nämlich die Teilnahme an künftigen Kriegen. Auch wenn das unmittelbare Selbstvernichtungsrisiko nicht mehr gegeben ist, Großmachtgehabe und Kriegsteilnahme brachten den Deutschen stets unangenehme bis katastrophale Folgen.

Zu konstatieren bleibt, daß die Widersprüche innerhalb der NATO in mehrfacher Weise wachsen und sich inhaltlich verschärfen. Die Klammer, die die NATO-Staaten zur Zeit der militärischen Konfrontation im Kalten Krieg zusammenhielt, ist verschwunden.

- Wenn es um Zugriff auf Rohstoffe geht oder um die Verfügungsgewalt darüber, kollidieren die Interessen der EU-Staaten mit denen der USA. Die US-Führung will wegen ihrer ökonomischen Lage im allgemeinen und wegen der zugespitzten Konkurrenz auf dem Weltmarkt im besonderen über noch mehr Rohstoffe verfügen. Sie möchte offenkundig die Bedingungen diktieren, zu denen ihre Rivalen etwas davon abbekommen. Die EU-Staaten, die als Kompensation für ihre militärische Unterlegenheit zumindest ihre wirtschaftliche Stärke auszuspielen trachten, sind an günstigen Rohstoffimporten interessiert. In dieser Hinsicht wollen sie nicht auf die Gnade der US-Führung angewiesen sein.

- Die EU-Staaten wollen und können nicht versuchen, Rußland permanent zu demütigen, wie es die US-Führung in erkennbarer Arroganz der Macht praktiziert, weil sie, nicht die Europäer, die militärische Potenz dazu haben. Zudem gibt es europäische Erfahrungen mit Rußland, damals UdSSR, im zweiten Weltkrieg. Normale Verhältnisse mit Rußland als Geschäftspartner und Rohstofflieferant brauchen die EU-Staaten nicht nur aus historischen Gründen, sondern auch aus höchst aktuellen. Die EU-Staaten können nicht daran interessiert sein, daß die US-Führung die russischen Pipelines kontrolliert oder gar unterbricht, die Europa mit Öl und Erdgas versorgen. Die US-Führung ist dabei, die Rohstoffe aus Mittelasien und vom *Kaspi* in die von ihnen kontrollierten Pipelines an die Häfen zu bringen, wo Tanker von US-Ölkonzernen für weitere US-Profite sorgen.
- Der Besuch von Bundeskanzler Schröder mit einer hochkarätigen Wirtschaftsdelegation in Süd- und Mittelamerika zeigt, daß der Konkurrenzkampf um Absatzmärkte neue Dimensionen erreicht. Die USA betrachten Mittel- und Südamerika als ihren *Hinterhof*, in dem sie auf Grund ihrer wirtschaftlichen und militärischen Überlegenheit nach Belieben schalten und walten können. Die EU-Staaten, vor allem deren Hegemon, versuchen aus mehreren Gründen, ihre Absatzmöglichkeiten auszudehnen, auch in Bereiche, in denen bislang die USA dominierten. Die gegenwärtige Krise, die länger dauern kann, verstärkt den Kampf um zusätzliche Absatzgebiete und Kapitalanlagemöglichkeiten.
- Die von Präsident Bush angekündigte Ausweitung des Krieges löste Gegenreden von *Partnern* aus, trotz aller Beschwichtigungsversuche und Aufforderungen, solche Kritik nicht öffentlich zu äußern, sondern nur in geschlossenen Räumen. Die US-Führung geht davon aus, daß jeder Krieg ein großes Rüstungsgeschäft bringt - wie schon der Golfkrieg 1991 und die Aggression gegen Jugoslawien - und daß sie ihre totale Überlegenheit - auch als Warnung für andere - demonstrieren sollte und daß sie globalstrategische Regionen unter ihre uneingeschränkte Kontrolle bringen müsse. Die EU-Staaten sind aus mehreren Gründen nicht an einer weiteren Expansion der US-Macht interessiert. Zudem befürchten die Regierungen von EU-Staaten, daß weitere Demütigungen anderer Völker, wie sie die US-Führung skrupellos praktiziert, Widerstände produzieren könnte, die sich nachteilig auf Geschäfte und Handel auswirken.
- Die US-Führung, vor allem das Pentagon, hielten bereits während der Aggression gegen Jugoslawien viele Informationen zurück, die auch für die Regierungen anderer NATO-Staaten wichtig blieben. Das Pentagon streute sogar Falschmeldungen zur vorsätzlichen Irreführung aus, nicht nur zu Lasten der Öffentlichkeit. Gegenwärtig sind neue Pläne des Pentagons bekannt, mit gezielten Falschmeldungen über US-Pläne und über inhumane

Wirkungen ihrer Kriege andere Völker zu täuschen. Angeblich versucht man, das negative Bild, das in anderen Staaten von den USA vorhanden ist, durch ein positiveres zu ersetzen. Das Imago der USA wird bewußt über Informationsinteressen der Menschen und Völker gestellt. Konsultationen innerhalb der NATO sind nicht so, daß die Regierungen anderer NATO-Staaten ein klares Bild der Lage erhalten.

- Die Kriegsgegnerschaft der Menschen in anderen NATO-Staaten ist ungleich größer als bei der stark manipulierten öffentlichen Meinung in den USA. Die EU-Staaten sehen sich genötigt, Widerstände von Individuen und Gruppen sehr viel stärker zu berücksichtigen als die US-Führung. Zweifellos wirken auch unterschiedliche Traditionen und zivilisatorische Entwicklungen. Die Europäer erfuhren die Furore des zweiten Weltkrieges nachhaltig, während der zweite Weltkrieg für die USA das größte Geschäft ihrer Geschichte blieb. Die simple Schwarz-Weiß-Malerei von US-Präsident Bush z.B. - wir, die *Guten* haben ein Recht, die *Bösen* mit allen Mitteln zu bekämpfen - stößt in den EU-Staaten immer mehr auf Ablehnung, während man in den USA derartige Vereinfachungen akzeptiert und den Täuschungen der Führung und der Massenmedien unterliegt.

Die wirtschaftliche Stärke der EU und die zunehmenden Interessenunterschiede erlauben eine eigenständige Politik der EU-Staaten. Es wäre ein Verhängnis, wollten sie diese Differenzen in einem Rüstungswettlauf mit den USA zu verstärken trachten. Mit zivilen Mitteln könnten die EU-Staaten versuchen, Bündnispartner unter den Entwicklungsländern oder mit China und Rußland zu gewinnen, um eine allen dienende Praxis durchzusetzen.

### **Strategisches Ziel der Friedenskräfte**

Die vielen guten Aktionen der Friedensinitiativen sollten nicht nur von einem deutlichen *Contra* charakterisiert sein. Die Unentschlossenen wollen auch das *wofür*, also ein mittelfristiges Fernziel erkennen, wenn sie zustimmen oder gar aktiv werden sollen. Neues Engagement, das aus der Betroffenheit entsteht, etwa durch die Ankündigung eines Jahre dauernden Krieges mit für uns ungewissem, vielleicht dramatischem Ausgang, kann man durch plausible Alternativen zur herrschenden Politik verstärken. Konkrete Gegenentwürfe mobilisieren bekanntlich bei neuen Gefahren weitere Mitstreiter neben den unverzichtbaren Aktionen gegen eine drohende und nahende Gefahr.

Eine europäische Sicherheitsstruktur auf sozialstaatlicher Grundlage, die auf soziale Gerechtigkeit in der ganzen Welt ausgerichtet bleibt und endlich das *Recht vor Macht* realisiert, wie es in der UNO-Charta postuliert ist, könnte neben kurz- und mittelfristigen Abrüstungsforderungen ein Ziel sein, das neue Kräfte anregt. Nicht proklamierte, sondern durchgesetzte Menschenrechte im

Sinne der beiden geltenden Völkerrechtsverträge sollten zum Inhalt eines derartigen gemeinsamen Sicherheitssystems für alle, nicht für wenige, gehören.

Außenpolitische Gefahrenabwehr und innenpolitische Risikovorsorge gegen die derzeitige, mit innenpolitischen Nachteilen verbundene Kriegspolitik wären in ein überzeugendes Gesamtkonzept einzubinden. Gleichberechtigte Zusammenarbeit zum allseitigen Nutzen wäre die materielle Basis eines neuen, den Individuen und Völkern ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten bietenden europäischen Sicherheitssystems.

Nachdem es ohne Rußland - oder gar gegen Rußland - keine europäische Sicherheit geben kann, wäre mit dieser Macht eine Regelung zu finden, die auf allen relevanten Gebieten kooperative Anstrengungen üben sollte.

Setzt man ein solches Beispiel für vernünftigen Interessenausgleich und zivile Konfliktregelung, würde dies *Macht* schaffen, ohne diese militärisch zu definieren. Was in Zeiten eines durch Elend, Ungerechtigkeit und Demütigung entstandenen internationalen Terrorismus nötig ist, wird nicht nur durch einen für alle tragbaren Nord-Süd-Ausgleich in einer neuen gerechten Weltwirtschaftsordnung erreicht. Es bedarf auch der Leitbilder, an denen Orientierungen möglich sind. Ein Europäisches Sicherheitssystem auf gewaltfreier Grundlage würde zum Leitbild in einer Welt werden, die von langen mörderischen und zerstörerischen Kriegen bedroht ist.

**Autor:**

Lorenz Knorr,

Frankfurt a.M., Publizist

Jan Sumavski

## Ist Terrorismus die einzige Gefahr?

Meine Damen und Herren, werte Friedensfreunde, ich möchte euch alle im Namen der Tschechischen Friedensgesellschaft herzlichst grüßen. Die Sprechzeit ist limitiert und Probleme gibt es viele.

Die Zerstörung des World Trade Center am 11. September 2001 war eine Untat großen Ausmaßes und hat enormes Leid angerichtet. Fast alle Leute in meinem Lande, auch ich, sind fest überzeugt, daß die Schuldigen ermittelt und gerecht bestraft werden müssen. Wie überall in der Welt, so wächst auch bei uns eine einheitliche Auffassung darüber.

Es sind aber auch viele Fragen und viele Befürchtungen entstanden. Unsere wichtigste Zeitschrift, die sich mit internationaler Politik beschäftigt - und auch diesen Namen trägt - *Mezinárodní politika*, eröffnete in ihrer Dezemberausgabe eine Diskussion unter dem Titel *Gefährliche Sicherheitspolitik*. Was die Tschechische Friedensgesellschaft betrifft, so veröffentlichten wir eine Erklärung, in der wir das terroristische Verbrechen verurteilten, zugleich aber unsere Befürchtungen um den Weltfrieden äußerten. Ich kann hier nur einige davon - und auch nur im Telegrammstil - erwähnen.

Vor allem sind wir der Meinung, daß jedes terroristische Verbrechen bestraft werden sollte. Die Schwierigkeit steckt aber schon darin, daß keine einheitliche, international anerkannte Definition des Terrorismus existiert. Die Weltgemeinschaft widmete anderen schweren Tragödien als jener, die sich am 11. September ereignet hat, keine Aufmerksamkeit.

Wo liegt der Unterschied zwischen dem Terrorismus und bestimmten Formen des nationalen Befreiungskampfes? Viele Araber nehmen z.B. den Terrorismus als legitimen Bestandteil des Befreiungskampfes gegen die israelischen Okkupanten wahr, die von den USA unterstützt werden. Diese Unterstützung dient auch als wichtigste Rechtfertigung der terroristischen Tat in New York. Im Zusammenhang mit dem Terrorismus könnten wir auch vom Terrorismus der Drogen- und anderen Mafiakartelle, vom Staatsterrorismus in manchen Ländern u.a. sprechen.

Die USA erklärten sich in der ganzen Welt zum Hauptbeschützer der Menschenrechte und sagten den Terroristen den globalen Krieg an. Unter verschiedenen Vorwänden, vor allem unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Kommunismus, attackierten sie in den letzten 25 Jahren vier arabische

Staaten - Libyen, Irak, Sudan und Afghanistan. In Lateinamerika intervenierten sie sogar zwölfmal seit dem Ende des zweiten Weltkrieges.

Wir können - ohne diese Angriffe und Interventionen zu überschätzen - fragen, warum sie nicht in Sierra Leone, Ruanda, Algerien, Bahrain, Kuwait und besonders in Saudi Arabien intervenierten. Das Regimes gerade dieses Landes kann man doch ruhig mit dem der Taliban vergleichen.

Ist es legitim, zwei verschiedene Maßstäbe anzulegen? Ist es legitim, zum Erreichen bestimmter Ziele und Interessen beliebige Mittel zu benutzen - inklusive militärische Gewalt und das Töten von Unschuldigen? Sind die sogenannten *indirekten* oder im Ausmaß *kleineren* Opfer und Schäden hinnehmbar als *unvermeidliches* oder *kleineres* Übel? Wo liegt die Grenze?

Anfang Januar hat z.B. Prof. Mark Herold von der New Hampshire University festgestellt, daß in Afghanistan durch amerikanische Bombardierung allein vom 7. Oktober bis 7. Dezember - auch bei vorsichtiger Schätzung - mehr Zivilisten als am 11. September ihr Leben verloren. Diese Bombardierung setzte sich auch noch nach dem erklärten Sieg und nach der Bildung der Interimsregierung fort - und das mit der Begründung, es können sich in diesen Regionen mit großer Wahrscheinlichkeit noch El Kaida-Kämpfer befinden. Ihr hört richtig - mit *Wahrscheinlichkeit* und *können*!

Wir haben ernsthafte Befürchtungen, vor allem wegen dieser unvollständigen und einseitigen Einschätzung der Ursachen dieses Massakers vom 11. September. Aber auch wegen der Nichtbeachtung der Politik der hochentwickelten Länder, in erster Linie der USA, ihre geostrategischen und ökonomischen Interessen, besonders jene der Rüstungsmonopole und Ölmonopole, durchzusetzen.

Wenn auch, wie objektive Experten sagen, die Ziele der amerikanischen Politik legitim waren, immer wieder bleibt die Frage, ob die Art und Weise deren Realisierung *optimal* ist. Die UNO-Resolution über den Terrorismus aus dem Jahre 1987 haben die USA nicht unterschrieben, und die letzte UNO-Resolution über die Verhinderung der Terrorismusunterstützung (1373/2001) enthält keine Definition zum Terrorismus.

Uns kommen Befürchtungen über eine neue Welle des psychologischen Krieges und der psychologischer Bearbeitung der Weltöffentlichkeit und der Menschenmeinung durch die Massenmedien - in den Händen, oder unter dem Einfluß, der ultranationalen Gesellschaften.

Ja, es ist wahrscheinlich, daß es sich in New York um einen Akt des moslemischen Fanatismus handelte und Bin Laden dabei eine Rolle spielte. Aber bis heute sind keine eindeutigen, unwiderlegbaren Beweise vorgelegt worden.

Was die sogenannten Bin Laden-Kassetten betrifft, existiert der Verdacht, daß sie für amerikanische Bedürfnisse geändert wurden.

Nach dem Angriff haben die Massenmedien die amerikanische Auffassung dienstfertig übernommen, daß es sich um eine internationale Angelegenheit handelt, daß es ein Attacke gegen die ganze menschliche Zivilisation ist. Sie sprechen von *Verbündetenaktionen* und bereiten *Strafaktionen* gegen weitere Staaten vor, die angeblich die Terroristen unterstützen oder unterstützt haben - sogar gegen solche wie Indonesien oder die Philippinen.

Auf der anderen Seite wird aber die Tatsache verschwiegen, daß sich die USA mittels ihres Geheimdienstes in Afghanistan schon viele Jahre engagierten und daß z.B. diese Dienste den Taliban paradoxerweise die Festung Tora Bora aufbauen halfen. Man kann sich dann nicht wundern, wenn viele Experten außerhalb der Medien die Frage stellen, ob der neue Feind nicht ein Deckmantel für ihre partikularen Interessen ist.

Befürchtungen kommen uns auch wegen der demagogischen und antidemokratischen Versuche, jedes Anzeichen der sachlichen und realistischen Einschätzung der Attentatsursachen als Rechtfertigung und als Billigung der Terroristenaktionen - und demzufolge als feindlich und rechtswidrig hinzustellen. Bei uns wurde sogar eine Strafanzeige wegen *Billigung des Attentats* aufgegeben.

Uns ältere Leute hat das natürlich an das Jahr 1942 erinnert. Damals, im Juni, konnten wir jeden Tag neue Bekanntmachungen auf roten Papier lesen, die Listen der Hingerichteten enthielten, oftmals ganzer Familien, wegen *Billigung des Attentats gegen den Reichsprotektor Reinhard Heydrich*. Zum Glück hat die Justiz solche *Klagen* abgelehnt. Trotzdem befürchten wir, daß solche Versuche die Menschenrechte einschränken und zu übermäßigen Finanzausgaben für eine angebliche Sicherheit, die durch Angstpsychose unterstützt werden, führen.

Endlich kommen uns auch Befürchtungen wegen der Erweiterung der *Polizeiaktionen* gegen weitere Länder. Nicht einmal der *Sieg* in Afghanistan genügt zum Lösen der heutigen Weltprobleme. Die völkerrechtswidrige Interventionsstrategie der NATO, in Jugoslawien erprobt und im April 1999 beschlossen, bestätigt sich nicht nur in Afghanistan. Zur Grundlage der internationalen Beziehungen wurde wieder das Recht des Stärkeren. Die USA-Militärs und Politiker sind berauscht von der Kraft des Krieges und vom Gefühl der einzigen Weltmacht. Nach einer neuesten französischen Analyse bereiten sie sich nicht nur als Weltgendarm vor. Sie wollen auch Weltsheriff werden. Die USA werden die *Polizeiaktionen* durchführen und vor den Militärgerichten urteilen. Die Verbündeten können nach den Strafaktionen in den Regionen das Leben erneuern.

Was bleibt zum Schluß zu sagen? Jedes Verbrechen soll bestraft werden. Aber keine Strafe, kein Gewalt kann zur Dauerlösung führen. Es gibt keine großen und kleinen Übel. Der Tod eines unschuldigen Menschen und das Betrübnis der Hinterbliebenen sind immer dieselben. Daran ändert auch nichts, wie viele Opfer es gab und ob es sich um Opfer des Verbrechens oder der gerechten Vergeltung handelt. Wenn aber die Vergeltung als Deckmantel zum Erreichen anderer, ebenso ungerechter Ziele dient, kann das immer nur das eine sein - ein weiteres Verbrechen.

**Autor:**

Ph.Dr. Jan Sumavski,

Tschechische Friedensgesellschaft, Prag

**Rolf Lehmann**

## **Für ein System gemeinsamer Sicherheit**

Die Veranstalter des Friedenssymposiums haben als einen Diskussions-schwerpunkt ausgewiesen: Sicherheit gibt es nur als gemeinsame Sicherheit, regional und global.

Was ist unter gemeinsamer Sicherheit zu verstehen?

Anfang 1980 gab es ein internationales Gremium, welches unter dem offiziellen Namen *Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit* tätig war. Geläufiger ist sicher der Begriff *Palme-Kommission*. Der damalige Ministerpräsident Schwedens, Olof Palme, war Vorsitzender dieser Kommission. 1981 hat die Kommission der UNO ein Dokument vorgelegt, welches die Bezeichnung *Für gemeinsame Sicherheit* trug.

Was liegt näher für die Lösung von Problemen der Gegenwart, als sich an dieses Herangehen vor über 20 Jahren zu erinnern? Natürlich gibt es in der internationalen Lage, im Kräfteverhältnis auf der Welt und in anderen Dingen einen Unterschied zwischen den Bedingungen von 1980 und 2002. Ein sehr wichtiger Unterschied besteht darin, daß 1980 die Menschheit von der Gefahr des dritten, mit nuklearen Mitteln geführten Weltkrieges bedroht war. Die Wissenschaftler, die breite Öffentlichkeit und auch die Politiker der beiden Blöcke kamen - auch in dieser Reihenfolge - zu der Erkenntnis, daß es in einem solchen Krieg weder Sieger noch Besiegte geben würde, daß ein solcher Krieg zum Untergang allen Lebens auf der Erde führen würde. Die Militärs beider Seiten kamen zu der Schlußfolgerung: Wer als erster schlägt stirbt als zweiter.

Ein nicht zu unterschätzender Gedanke bei der Bestimmung der Politik war die Angst vor dem Untergang.

Heute ist die Lage in der Welt, vor allem im Ergebnis eines veränderten Kräfteverhältnisses, eine andere. Die Gefahr eines dritten Weltkrieges ist geringer. Dafür sind viele kleine Kriege die Realität. Als Friedensbewegte ist es doch unser Ziel, den Krieg als solchen zu überwinden. Unser Ziel ist es immer noch, *die Menschheit von der Geißel des Krieges zu befreien*. Viele haben vergessen, woher dieses Zitat stammt. Es ist wörtlich der Präambel der UN-Charta entnommen. Damals wollte die UN ein kollektives Sicherheitssystem schaffen. US-Präsident Truman sagte bei der Gründung 1945, dieses Ziel würde erreichbar sein, wenn die Regierungen es wollen. Die Regierungen wollten es damals nicht und auch heute (noch) nicht.

Worin besteht das Wesen gemeinsamer Sicherheit? Es sind streng genommen drei Elemente, die gemeinsame Sicherheit ausmachen:

- Aus Gegnern werden Partner.
- Es wird Gewaltverzicht vereinbart.
- Internationale Organe überwachen die Einhaltung von zwischen den Partnern vereinbarten Regeln und haben das Recht zur Anwendung von Sanktionen.

Das Prinzip ist für heute auch deshalb bedeutsam, weil es in den achtziger Jahren, zumindest zeitweise, wenn auch mit Haken und Ösen, praktisch funktionierte. Was in dieser Zeit zwischen den USA und der UdSSR - bzw. zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag - vereinbart wurde, kam dem Prinzip gemeinsamer Sicherheit sehr nahe. Es ist also keine reine Theorie.

Was recht einfach klingt, ist ganz schwer zu machen und dauert sehr lange, bis es beginnt zu funktionieren - und wird noch länger dauern, bis es zur täglichen Praxis wird. Warum ist es so schwer zu machen und worin bestehen die wichtigsten Schwierigkeiten?

- Die Menschheit muß das jahrtausendalte Prinzip vom Denken und Handeln in den Kategorien Freund-Feind überwinden und zum Denken und Handeln nach dem Prinzip der Partnerschaft übergehen. Noch gilt im Großen und Kleinen: Was ich habe, muß ich behalten, ich will es vergrößern oder erweitern, wer versucht mich daran zu hindern, weil auch er von diesem Kuchen ein größeres Stück will, vor dem muß ich mich schützen, und wenn er Gewalt anwendet, dann werde ich mit Gewalt antworten. Also, was wir tagtäglich erleben, davon muß sich die Menschheit trennen.
- Wenn zwischen den Partnern, die aus Gegnern entstanden sind, Probleme auftauchen, was ganz natürlich ist, dann müssen alle bereit sein, diese Probleme ohne Gewalt zu lösen. Wenn das nicht ohne fremde Hilfe gelingt, muß ein internationales Organ angerufen werden.
- Die Staaten, die dann Partner wären, also zum Beispiel für ein europäisches System gemeinsamer Sicherheit, die Staaten zwischen Lissabon und Wladiwostok also, müßten nationale Befugnisse an ein übergeordnetes europäisches Organ übergeben, welches im Fall einer Gefahr auch Sanktionen anwenden kann.

Diese Schwierigkeiten haben sich auch bei den praktischen Versuchen in den achtziger Jahren gezeigt. Die Anerkennung des Prinzips gemeinsamer Sicherheit - wenn auch mit anderen Begriffen - durch die Repräsentanten und Regierungen beider Blöcke und deren ständige Verkündung führten noch lange nicht dazu, daß sie auch von allen Beteiligten ohne Widerstand in der Praxis umgesetzt wurden.

Bezogen auf die gegenwärtige Situation entsteht naturgemäß die Frage: Wie ist gemeinsame Sicherheit zu erreichen? Oder bleibt das eine Utopie? Ich meine, es darf keine Utopie bleiben.

Die einfachste und schnellste Lösung würde darin bestehen, daß die USA ihr allseitiges Weltmachtmonopol dazu ausnutzen und eine radikale Wendung in der Weltpolitik um 180 Grad machen. Unter Führung der USA würde in der ganzen Welt ein radikaler Prozeß des Umdenkens beginnen. Krieg wäre nicht mehr legitimes Mittel der Politik. Das ist nun aber schon nicht mehr Utopie, sondern Illusion. Ein Präsident, der Rache und Vergeltung zur Grundlage seines politischen Handelns macht, der mit strategischen Bombenflugzeugen vom Typ B-52 Terroristen fangen will - dabei aber gänzlich andere Ziele verfolgt -, von einem solchen Politiker ist keine Wendung um 180 Grad in der Außen- und Sicherheitspolitik zu erwarten.

Umdenken muß folglich auf eine andere Art und Weise in Gang gesetzt werden. Dabei ist zu betonen: Ohne eine radikale Veränderung im Denken, eine wirkliche *Perestroika* im Kopf der Menschen, ist gemeinsame Sicherheit nicht zu erreichen.

Da wir in einer *demokratischen* Gesellschaft leben, müßte eigentlich der Meinungsbildungsprozeß in der Bevölkerung von unten nach oben verlaufen. Ich kann mich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß es in der Praxis genau umgekehrt läuft. Die Regierenden versuchen tagtäglich unter Ausnutzung ihres Machtapparates - mit entscheidender Unterstützung der Medien - der Bevölkerung klar zu machen, wie sie zu denken hat.

Ein erster Schritt wäre also, nicht mehr blindlings zu glauben, was uns immer vorgesetzt wird, sondern es zu hinterfragen. Dabei dürfen wir uns nicht davon täuschen lassen, daß mit neuen Wortkonstruktionen die Wahrheit verschleiert werden soll. Beispiele für solche, die Wahrheit verschleiernenden Wortschöpfungen sind: *Friedenstruppe*, *Schutztruppe*, *humanitäre Intervention*, *Friedensmission*, *Militäreinsatz zu international legitimierter Ordnungspolitik*, *Deeskalationsmissionen*, *mit militärischen Mitteln angereicherte Bekämpfung des internationalen Terrorismus* u.a.

Wenn wir im Ergebnis des eigenen Denkens die Wahrheit erkannt haben, müssen wir - die Friedensbewegten - diese Wahrheit mit unseren bescheidenen Möglichkeiten unter die Leute bringen. Das wäre ein zweiter Schritt.

Gleichzeitig müssen wir alles nur Denkbare unternehmen, damit die Errungenschaften der Weltgemeinschaft zur Friedenssicherung erhalten und gestärkt werden. In erster Linie sind damit die UN und die OSZE gemeint.

Bei diesem Herangehen muß beachtet werden, daß zumindest in der Bundesrepublik Deutschland der größte Teil der Bevölkerung für das Problem *Frieden - Krieg* nicht oder wenig sensibilisiert ist. Der Realität, daß man mit Sicherheitspolitik kaum jemanden hinter dem Ofen hervorlocken kann, müssen wir doch Rechnung tragen. Möglicherweise sollten wir dem Faktor Angst größere Bedeutung beimessen.

Das klingt sicher alles sehr visionär. Aber solche Visionen sind notwendig, um daraus die Schritte auf dem Weg dahin ableiten zu können. Schnelle Lösungen auf dem Weg zum ewigen Frieden gibt es nicht.

Wenn bestimmte Organisationen oder Personen heute solche Forderungen erheben wie z.B. den sofortigen Austritt Deutschlands aus der NATO oder die Auflösung der Bundeswehr, dann sind diese sicher berechtigt, aber leider unrealistisch. Eine Auflösung der NATO, die ich auch für überflüssig halte, würde aber die Zustimmung der Mehrheiten der Bevölkerung in den 19 NATO-Mitgliedsländern erforderlich machen. Solche Mehrheiten sind nicht in Sicht.

In einem System gemeinsamer Sicherheit werden Militärblöcke und Streitkräfte überflüssig. Man wird sie aber nicht einfach abschaffen können. Sie müssen sich selbst als überflüssig erweisen und es dürfen nicht neue Aufgaben ausgedacht werden, wie im Übergang der achtziger zu den neunziger Jahren geschehen, dann könnten wir die Armeen wirklich los werden.

Allerdings: Wir beobachten heute, daß in der sich globalisierenden Welt alles der Allmacht des Kapitals untergeordnet wird. Die Politik zieht sich aus immer mehr Bereichen des Lebens zurück. Wenn sie Entscheidungen trifft, dann folgt sie teils blindlings der Macht des Kapitals. Die größte Konzentration des internationalen Kapitals befindet sich in den USA. Deutsche Politiker betonen ständig die vollständige Solidarität mit den USA.

Namhafte Wissenschaftler in der ganzen Welt warnen bereits heute vor den Folgen dieser Politik. Wenn Experten, die sich mit Themen zur Natur, zur Umwelt, zur Wirtschaft, zur Technik und weiteren Problemen beschäftigen, davor warnen, daß der eingeschlagene Weg geradezu in eine Katastrophe führt, dann sollten wir das ernst nehmen.

Das gegenwärtige Wirtschaftssystem in der Welt ist zutiefst ungerecht. Die Forderung nach einem System gemeinsamer Sicherheit ist deshalb ganz eng verbunden mit der Forderung nach einer gerechten Welt. Daran wird noch einmal deutlich, daß es keine schnelle Lösung geben wird.

Die Friedensbewegung muß mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten die Gruppe von Wissenschaftlern unterstützen, die den Vorschlag

unterbreitet haben, einen globalen Gesellschaftsvertrag auszuarbeiten. Der Vertrag soll vier Abkommen beinhalten:

- Einen *Grundbedürfnis-Vertrag*. Er soll die Versorgung aller Menschen in der ganzen Welt mit Nahrung, Wasser und Wohnraum gewährleisten.
- Einen *Kultur-Vertrag*. Er soll die Regeln des Dialogs zwischen den verschiedenen Kulturen und Religionen festschreiben und zur Toleranz auffordern.
- Einen *Demokratie-Vertrag*. Er soll eine globale Steuerung gegen den Druck der Konkurrenz und des reinen technologischen und Kostendenkens garantieren.
- Einen *Erd-Vertrag*. Er soll die Prinzipien für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur festschreiben.

Eine prägnante Darstellung des Problems gemeinsamer Sicherheit aus deutscher Sicht hat der Vordenker dieses Themas, Prof. Egon Bahr, in seiner *Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik* beschrieben. Aus dem Kapitel *Eine Vision* das folgende Zitat:

„Aus unserem vitalen Interesse und der Analyse der Entwicklung wächst die Vision einer deutschen Außenpolitik. Wir wollen eine europäische Sicherheitsgemeinschaft erreichen, in der es zwischen Lissabon und Wladiwostok Kriege zwischen den Staaten nicht mehr gibt. Das verlangt ein Ordnungssystem, in dem nationale Macht durch die Stärke des Rechts ersetzt wird.

Die nationale Verfügbarkeit militärischer Kraft gegen ein anderes Mitglied der Gemeinschaft ginge auf die Organe der Gemeinschaft über, mit Mehrheitsentscheidungen, Schiedsgerichtsbarkeit und - falls erforderlich - Sanktionen gegenüber solchen, die sich dem Recht nicht beugen. Europa könnte das Fernziel der Weltinnenpolitik als europäische Innenpolitik auf dem Gebiet der Sicherheit vorwegnehmen. Es verlangt im Kern einen Teilverzicht nationaler Souveränität, die Übertragung nationaler Verfügbarkeit von Waffengewalt an ein übernationales Organ. Eine europäische Sicherheitsgemeinschaft bedeutet die Zivilisierung der Macht.

Damit der Gewaltverzicht die verlässliche Basis der europäischen Sicherheitsgemeinschaft sein kann, ist ein verpflichtender Kodex erforderlich, der jeder Minderheit auf beiden Seiten jeder Grenze die gleichen Rechte garantiert.

Friede ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Das ist Realpolitik im Gewande eines höheren Wertes, denn diese Priorität hält die Organisation der Sicherheit für den Schlüssel.

Dementsprechend kann nicht entscheidend sein, ob das eine Mitglied der Gemeinschaft demokratischer ist als andere, mehr oder weniger Marktwirtschaft treibt, stärkere oder schwächere soziale Netze gespannt hat. Sicherheit brauchen alle. Und das Gesetz der europäischen Sicherheit muß für alle gleich

sein. Eine politische Ordnung und ein Wirtschaftssystem müssen wachsen, ein Sicherheitssystem läßt sich schaffen. Nicht zuletzt: Stabilität durch Gewaltverzicht ist die Voraussetzung für Wohlstand.

Der nüchterne Blick auf die Realität zeigt, daß die Welt für den wünschbaren und nötigen Qualitätssprung nicht reif ist, auch nicht Europa. Man muß von der Wirklichkeit ausgehen, ohne die Vision zu verlieren.“

**Autor:**

Prof. Dr. Rolf Lehmann,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.

Hermann Gerathewohl

## Werkzeuge für Gottes Frieden

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, liebe Schwestern und Brüder, liebe Genossinnen und Genossen, lassen Sie mich anlässlich des Zehnten Dresdner Friedenssymposiums herzliche Grüße und ebenso gute Wünsche von der Regionalgruppe Leipzig der *Initiative Christliche Linke* übermitteln. Unsere - nicht nur in der Messestadt wirkende - Initiative weiß sich drei Prinzipien verpflichtet: dem Humanismus, der Tradition der Arbeiterbewegung und - nicht zuletzt - der biblischen Botschaft des Alten und Neuen Testaments. Wobei wir den sozialetischen Aussagen besonderes Gewicht beimessen. Bei unserem Nachdenken und konkretem Tun erfahren wir dabei stets die Freude der Gemeinsamkeit zwischen Christinnen und Christen unterschiedlicher theologischer Richtung und konfessioneller Zugehörigkeit und Nichtchristinnen und Nichtchristen. Die eingangs erwähnten Personengruppen erinnern mich an solche, die Dr. Friederun Fessen von der *Arbeitsgruppe Christinnen und Christen in und bei der PDS* ebenso konkret anspricht.

Mit diesem Grußwort möchte ich aber auch an den im vergangenen Jahr verstorbenen Prof. Dr. Manfred Haustein erinnern, der viele Jahre an der Theologischen Fakultät der Leipziger Karl-Marx-Universität forschte und lehrte. Dieser in der DDR und in der BRD engagiert tätige evangelische Christ und Theologe wirkte verantwortungsvoll in der *Christlichen Friedenskonferenz*, im *Bund der Evangelischen Pfarrer in der DDR*, in der *Kirchlichen Bruderschaft Sachsens* und in der *Arbeitsgruppe Christliche Kreise der Nationalen Front der DDR* sowie - nach der Wende - in der *Arbeitsgemeinschaft Offene Kirche Sachsens*, die in Chemnitz ihre Tagungen zu politischen-gesellschaftlichen und theologischen Themen durchführt.

Gerade M. Haustein war es, der in einer Predigt unter dem weitgespannten Motto *Werkzeuge für Gottes Frieden* auf Vers 3 im vierten Buch des Propheten Micha einging. In meiner Bibel ist dieser Abschnitt mit den Worten überschrieben: *Das kommende Friedensreich*. Darin ist u.a. die Rede von den Schwertern, die zu Pflugscharen, von den Speeren, die zu Sicheln werden sollen. Dabei setzte sich Haustein mit militanten Gottesvorstellungen auseinander - wie mit dem *Lenker der Schlachten* oder dem *Gott mit uns* auf den Koppelschlössern der Soldaten. Eine solche Ideologie verachtete er, aber die Verheißung eines universellen Friedens empfand er durchaus als hilfreich - ganz im Gegensatz zu Pfarrern und Priestern, die auf den Schlachtfeldern Dankchoräle singen ließen und ihren Beruf zur Stärkung der Wehrmacht mißbrauchten.

Denken wir an das Neue Testament, so fällt uns im Matthäusevangelium, Vers 9, die Stelle auf, in der es heißt: „Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen.“ *Friede auf Erden* umfaßt, so auch im zweiten Kapitel des Lukasevangeliums, den ganzen Frieden.

Der bekannte biblische Begriff *Schalom* meint Frieden, Heil, Wohl, Segen. Dabei können wir an den Weltfrieden denken, an den modernen Begriff der Solidarität, an eine Friedens- und Weltverantwortung, an einen menschheitlichen, spirituellen und politischen Frieden, an die Schalom-Bewegung.

Immer geht es nach M. Haustein in der besagten Predigt um das *absolute Ende* der Ideologie des Krieges. M. Gorbatschow habe den Begriff *Neues Denken* in die politische Debatte getragen. Damit habe er die Umrüstung zum Frieden vorbereiten, tragen, begleiten, flankieren wollen. Dabei kommt mir der konziliare Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in den Sinn. Im Rahmen dieser Aktivität des *Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR* könnte man hier an Details erinnern, die alle in dem Wort kulminieren: „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens.“ (Luk. 1, Vers 79).

Die katholischen Friedensfreundinnen und -freunde unter ihnen möchte ich lediglich an die Enzyklika von Papst Johannes XXIII, *Pacem in terris* (Friede auf Erden) und an das Rundschreiben von Papst Paul VI, *Populorum Progressio* (Über den Fortschritt der Völker) erinnern.

Erlauben Sie mir bitte, Sie noch auf zwei konkrete Friedensveranstaltungen hinzuweisen: Am 15. und 16. März 2002 werden sich Christinnen und Christen sowie Nichtchristinnen und Nichtchristen, die sich einem innerweltlichen Humanismus verpflichtet wissen, zu einer Tagung in Chemnitz-Hilbersdorf treffen. In der Einladung wird gefragt, ob die Aussage der Gründungsversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948 in Amsterdam heute noch gilt: *Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein*. Ein Hauptreferat trägt den Titel: *Frieden gibt es nur miteinander - Christen und Nichtchristen auf der Suche nach gemeinsamen Grundlagen für den Dienst am Frieden*.

Erwähnen möchte ich auch das regelmäßige Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche. Dort startet die evangelische Kirche am 18. Februar eine Unterschriftenaktion. Die Listen liegen in allem Gemeinde- und Pfarrhäusern Leipzigs bis Ostermontag aus. Mit dieser Aktion will die evangelische Kirche in Leipzig bekunden, daß die meisten Menschen in der Stadt nationalsozialistisches Gedankengut und dessen öffentliche Darstellung entschieden ablehnen.

**Autor:**

Hermann Gerathewohl,

Initiative Christliche Linke, Leipzig.

## Appell aus Dresden

### Das Vermächtnis der Terroropfer vom 13. Februar 1945

Die Zerstörung der Stadt Dresden am 13. Februar 1945 mahnt ebenso wie das Leiden der Märtyrerstädte Rotterdam, Coventry, Leningrad, Warschau und Hiroshima:

#### Nie wieder Krieg!

Deshalb ging Anfang der achtziger Jahre auch von Dresden der Ruf aus: „Frieden schaffen ohne Waffen! Schwerter zu Pflugscharen!“ Am 19. Dezember 1989 schwor Bundeskanzler Helmut Kohl an der Ruine der Frauenkirche vor den Dresdnern: „Von deutschem Boden muß in Zukunft immer Frieden ausgehen.“ Millionen Deutsche und Bürger der Nachbarstaaten vertrauten diesem Versprechen.

#### Wie sieht die Bilanz nach elf Jahren aus?

Inzwischen hat Deutschland am Angriffskrieg gegen Jugoslawien teilgenommen und beteiligt sich auch am Interventionskrieg der USA in Afghanistan, an Kriegen, die gegen Völkerrecht und das Grundgesetz verstoßen. Der *Krieg gegen den Terror* wird selbst zum Terror. Er tötet Unschuldige und zerstört die Lebensbasis der Zivilbevölkerung. Seine weitergehenden Ziele sind geostrategischer Einfluß, Zugang zum Erdöl und ein neuer Kolonialismus.

#### Für eine friedliche Zukunft

Mehr denn je gilt heute die Erkenntnis des *Berliner Appells* vom Januar 1982: „Frieden schaffen ohne Waffen - das bedeutet nicht nur Sicherheit zu schaffen für unser eigenes Überleben. Es bedeutet auch das Ende der sinnlosen Verschwendung von Arbeitskraft und Reichtum unseres Volkes für die Produktion von Kriegswerkzeug und Ausrüstung riesiger Armeen junger Menschen, die dadurch der produktiven Arbeit entzogen werden. Sollten wir nicht lieber den Hungernden in aller Welt helfen, statt fortzufahren, unseren Tod vorzubereiten?“

**Deshalb fordern wir, die Unterzeichner dieses Appells, von der deutschen Regierung:**

- Strikte Einhaltung der Friedenspflicht und des Verbots eines Angriffskrieges entsprechend dem Gebot der UNO-Charta und des Grundgesetzes.
- Einstellung der Waffenexporte im Interesse des Friedens in der Welt und weltweite Abrüstung, bei der Deutschland beispielhaft voran gehen kann und muß.
- Einsatz für das Primat ziviler Konfliktprävention und nichtmilitärischer Konfliktlösung, für globale gemeinsame Sicherheit und gerechten Frieden.

Wir begrüßen und unterstützen die Erklärung des **Bundespräsidenten Johannes Rau** vom 14. September 2001: „Wer Terrorismus wirklich besiegen will, der muß durch politisches Handeln dafür sorgen, daß dem Propheten der Gewalt der Boden entzogen wird. Der beste Schutz gegen Terror, Gewalt und Krieg ist eine gerechte internationale Ordnung. Die Frucht der Gerechtigkeit wird der Friede sein.“

Unterstützer dieses Appells bitten wir, uns ihre Zustimmung mitzuteilen:  
Sächsische Friedensinitiative Dresden e. V.

Tel/Fax: 0351 4591273

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS)

**Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“**

Heft 59

Gustav Urbani

**UNO-Mitgliedschaft und Fortsetzung der Streitkräftereform in Ungarn**

Dresden 2001, 36 Seiten, 1,5 Euro

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK informiert über Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet. Sie finden uns unter

<http://www.sicherheitspolitik-DSS.de>